

Barnimer Bürgerzeitung

die unabhängige Leserzeitung

NR. 150 · 13. JAHRGANG · AUSGABE 7/2007 · VOM 29. JUNI 2007 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Vorgang nicht zu den Akten legen**
Bericht zum Spendenskandal

7 | **Bündnis feiert ersten Jahrestag**
Für ein demokratisches Eberswalde

14 | **Wie das Ossiland erobert wurde**
850 Jahre Brandenburg

Emmerlich: Peinlich bis jämmerlich

Ex-DDR-Opernstar Gunther Emmerlich schreibt seine Memoiren

Im Intelligenzblatt SUPER-ILLU, in dem der Kammersänger Emmerlich in regelmäßigen und immer kürzer werdenden Abständen über weltweit interessierende Dinge wie seine Erfolge, seine Villa, seine Erfolge, seine Familie, seine Erfolge usw. informiert, war vor einigen Monaten auch von seines zu DDR-Zeiten gehaltenen Auto, einem WARTBURG, zu lesen. Beigefügt war ein Foto, das das Gefährt im ziemlich ungeputzten Zustand zeigte. Immerhin, hätte man denken können, immerhin gehörte der Opernheld offenbar nicht zu jener Spezies von Ostdeutschen, die mehr Zeit mit dem Blankwienern ihres Autos zubrachten als zum Fahren – und das hätte mir den Mann sogar ein bißchen sympathisch gemacht.

Aber nichts da – kein fauler Hund, sondern Rebell! Unter dem Bild war nämlich zu lesen, das leicht verdreckte Mobil sei ein Zeichen des Widerstands gewesen.

Ob das wohl auch für Fahrräder gilt? Dann kenne ich den mächtigstgewaltigen Hauptwiderständler aller Zeiten persönlich. Es handelt sich um meinen Sohn Eugen, der sein Veloziped aus dem Hause MIFA nur in der Woche nach der Jugendweihe (es war ein Geschenk »anläßlich« ...) einmal säuberte und dann nie wieder.

Kurzum, auf die kühne Idee, Lehm am Kühler als Beleg für Antihoneckerismus zu verkaufen, muß man erst einmal kommen. Aber der singende Barde fügt seinem Wunschbild, als Oberhäuptling des sächsischen Partisanentums im Kampf gegen das Politbüro in die Musikgeschichte einzugehen, noch ein paar Mosaiksteinchen hinzu; gern, immer wieder, laut und aufdringlich. Mal habe er einem VOPO eine gewünscht, mal habe er (Widerstand!) nur hintenraus geflaggt.

Daß er mehrmaliger Fernsehliebling (wie Schnitzler auch) geworden ist, verschweigt er gern, jubelt aber in aller Bescheidenheit – eine der Stärken des Egomane – ein paar müde Witzchen in seinen Shows zu Großtaten angesichts des Fallbeils hoch.

Merkwürdig, des Merkens würdig, daß wahrlich gestandene Bürgerrechtler bis heute sehr bedacht sind, mit dem famosen G.E. nicht in einen Topf geschmissen zu werden. Dafür scharen sich Typen seinesgleichen, wie der Hoftrompeter aus Dresden, der einst in Privilegien geradezu badete und Wandlitz auch aus der nächsten Nähe kannte, oder jenes FDJ-Zentralratsmitglied, das rechtzeitig und rechtzeitig auf CDU umschaltete und vom Skispringer zum Gesäßkriecher mutierte. Unvergessen, was einst halb Sachsen entsetzte: Eine halbseitige Zeitungsanzeige, in der sich die drei Kühnen als Kohl-Wähler outeten und alle Freistaatler aufforderten, für den Oggersheimer zu votieren.

Nun hat, wie es Brauch der Zeiten ist, Emmerlich ein Memoirenbuch geschrieben und es damit diversen Witwen wirklicher oder gefühlter Prominenter, einigen Stasigenerälen, dem Wundersänger Kübelböck, der Ex-Frau Peter Wielands und vier weiterer Gatten, zwei Kanzlern und Frank Schöbel nachgetan. Und – irgendwie – auch Goethen. Liegt aber weiter zurück.

Viele Lebenserinnerungen kranken daran, daß sich die Idee vom gewünschten Leben in die Erzählchen vom wirklichen Leben ein- und nach vorndrängt, daß läßliche Sünden zugegeben und die eigentlichen Sauereien verschwiegen werden; daß mit Tünche und Radiergummi ge-

arbeitet wird. Seltener schon sind die reinen Münchhausiaden, in denen auf Deibel komm raus verdrängt, erfunden, ausgelassen und pur gelogen wird.

Von beiden Varianten ist Emmerlichs Text nicht frei, aber das Generalproblem seiner Ausgipfelungen ist ein anderes. Der Mann, der inzwischen als Ansager idiotischste musikalischer Heimattümelei und gesungenen Kitschs durch die Ländle reist, leidet bis heute darunter, daß er immer nur »ein bißchen« war: ein bisschen verfolgt, ein bisschen ein Star, ein wenig zu wenig Stimme für die Met oder die Scala, ein bißchen zu devot, zu heimlich einverständnis mit den DDR-Fernsehmachern, die ihn nur mittels höchster Honorare zu Auftritten zwingen konnten. Preise nahm er nur widerwillig und voller Ekel an, was er hinter Bart und Grinsen verbarg, dieweil die Äuglein gierig glänzten.

Niemand hat ihn gefoltert – was er (man lese nach!) fast, zwischenzeitlich, bedauert, keiner bedroht, nicht einmal erpreßt wurde er. Andere, leisere Leute, ehrenwerte Leute wie der Dichter Mucke oder das Malehepaar Roehricht haben schwer gelitten, sollten nach Plan »destabilisiert« und »psychisch lädiert« werden; sie haben darüber geschrieben, aber sie leierten es nicht täglich runter. Bei uns Günther ist es ein bißchen so wie mit manchen Landsern. Die Etappenschweine hauten auf den Putz, die wirklich furchtbares durchgemacht hatten, verhielten sich eher verhalten.

Nachdem die SUPER-ILLU ein paar Probeseiten aus Emmerlichs Erinnerungen abgedruckt hatte, meldeten sich einige Stammleser mit kritischen Sätzen zu Wort. Es scheint, das Buch ist nicht so richtig angekommen. Ganz im Gegensatz zum Verfasser, der eine weiche Landung in der Geldgesellschaft hingelegt hat. Auf dem Schleim der Andienung.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Wunderliches und die Kanzlerin

2 1/2 Jahre vor dem Event mit Angela Merkel sah der Platz so aus:



Centocinquanta

Sehr geehrte Leserin und sehr geehrter Leser, liebe Autorinnen und Autoren,

Ihr haltet die einhundertfünfzigste Ausgabe der Barnimer Bürgerpost in Händen. Wir wünschen Euch viel Freude beim Lesen.

Ganz herzlich wollen wir uns bei all denen bedanken, die wiederum zum Gelingen unserer Zeitung beigetragen haben. Ein besonderer Dank geht an Gerd, den Redakteur. Er hat den größten Teil der Arbeit vollbracht.

In den vergangenen zwölf Jahren konnten wir gemeinsam unterschiedliche Facetten des politischen Alltags in unserer Heimat dokumentieren. Die Autoren spiegelten in ihrer subjektiven Wahrnehmung das gewöhnliche Leben und den allmählichen Verfall des bundesdeutschen Staatswesens wider. Die Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen, so daß genug Stoff zum Weitermachen bleibt. Ob es sich um die Lächerlichkeit aufgeblasener Provinzfürsten, die Zerstörung der Selbstverwaltung in den Dörfern, die Kommerzialisierung der sozialen Dienste, Filz, Korruption, Geschichtsfälschung, Dummheit, Kulturlosigkeit, Arroganz oder einfach nur die dämliche Leere und Angst der großen Herren und Verwalter ging, die Realität in unserer Umgebung ist schon in einfachsten Erzählungen schockierend und bedrückend.

In der Gesamtschau ergibt sich ein tiefgründiges Bild vom unaufhörlichen Niedergang eines selbstgefälligen und arroganten Staatswesens und seiner tragenden Figuren. Solchen unnötigen Typen, die sich vor unser aller Augen hinter Stacheldraht verkriechen, sich gierig die Taschen vollhauen und uns unsere Geschichte erzählen wollen, schulden wir keinen besonderen Respekt. So etwas gehört sich nicht. So etwas gehört abgeschafft.

Im ökonomischen und organisatorischen Konzept der Zeitung haben wir schon Komponenten einer neuen gesellschaftlichen Organisation verwirklicht.

Unser Blatt macht keinen Profit und gehört allen Lesern und Autoren. Deshalb brauchen wir auch keine Werbung und Spendengelder. Von dieser Seite sind wir so frei und unabhängig, wie wir es wollen. Das Werden der Zeitung ist kameradschaftlich organisiert. Jeder macht das, was er gut kann und hilft dem anderen. Es gibt keine Herren und Angestellte. Gewalt ist nicht vonnöten. Arroganz bringt keinen Vorteil. Jeder Artikel schafft Selbstvertrauen und hilft dem Autor und den Lesern, ihre Umwelt besser zu verstehen.

Manchmal muß man etwas länger und öfter reden, frisch und ungefiltert im hiesigen Jargon. Aber der Aufwand lohnt sich und schafft neue Freunde. Ihr könnt Euch drauf verlassen, die Zeitung wird weiter gemacht und natürlich können auch wir noch besser werden. Denn soviel Zeit muß einfach sein.

Dr. MANFRED PFAFF

Staatsanwalt stellte Verfahren gegen BBP-Redakteur ein

Kein Mau(e)lkorbbzwang

Ein gegen den Redakteur der »Barnimer Bürgerpost« angestregtes Verfahren wegen »Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole« ist von der Staatsanwalt Frankfurt (Oder) jetzt eingestellt worden. Anlaß für die Anzeige eines Unbekannten war ein Bürgerpost-Artikel vom August 2006. Unter der Überschrift »Ich habe nichts mehr zu verlieren« hatte sich ein Leser, der angesichts der Brisanz des Themas mit einem Pseudonym unterzeichnete, sehr drastisch im Zusammenhang mit den Hartz IV-Regelungen geäußert. Er zog Vergleiche zum Arbeitsdienst der Nazis und äußerte Befürchtungen, daß sich angesichts des staatlichen Drucks schnell Anlässe finden könnten, die Restriktionen gegenüber Arbeitslosen weiter zu verschärfen. Dabei zog er Parallelen zum Reichstagsbrand von 1933 und den danach eingerichteten Konzentrationslagern.

Die durchaus beabsichtigte Diskussion zu dieser von Frust geprägten Sicht auf die aktuellen Diskriminierungen von Arbeitslosen wurde leider selbst von wohlgesonnenen Diskutanten nicht öffentlich geführt. Vielmehr gab es Forderungen, künftig bei solchen Meinungsäußerungen vorausseilende Zensur zu üben.

Der redaktionelle Artikel, in dem dies diskutiert werden sollte, war schon vorbereitet, als bei der Redaktion ein Fax einging, das kaum noch als wohlwollende Kritik verstanden werden konnte. Ein Rechtsanwalt Mauel aus Leverkusen – das liegt irgendwo im Ruhrgebiet – verlangte im Namen des Unternehmerverbandes Barnim unter Androhung einer »Vertragsstrafe« von 5.000 Euro das Versprechen, »es zu unterlassen, volksverhetzende oder strafrechtlich sanktionswürdige Inhalte von Leserbriefen ohne Kennzeichnung des Verfassers Zeitschrift zu veröffentlichen«. Diesem Verlangen wäre die Redaktion gern nachgekommen, denn die Forderungen entsprechen den publizistischen Grundsätzen der »Barnimer Bürgerpost«. Und der beanstandete Artikel enthielt zwar deftige Formulierungen, aber nichts Volksverhetzendes oder sonstwie strafwürdiges. Das Ansinnen des RA Mauel wäre dabei als Versuch bewertet worden, der Meinungsfreiheit einen Mau(e)lkorbbzwang

zu verpassen. Doch soweit kam es nicht. Denn als Brief kam das Mauel-Schreiben nie an. Siegmund Freud hätte seine Freude gehabt. Mauel adressierte seinen Drohbrief an die »Barnimer Bürgerpost« in der Leninstraße 3. Eine Leninstraße gibt es in Eberswalde schon seit fünfzehn Jahren nicht mehr. Jetzt können wir's verraten, die »Barnimer Bürgerpost« ist in der Lehnitzseestraße 3 zu erreichen. Dabei wäre auch jetzt noch jegliches Bedauern über den Spott, dem sich Mauel und seine Auftraggeber aussetzten, geheuchelt.

Es wäre falsch, dem Unternehmerverband oder dem Lionsclub, der damals mit einem im »Eberswalder Blitz« zitierten Brief bei Innenminister Schönbohm wegen Abstrafungsmöglichkeiten für die Bürgerpost nachfragte, insgesamt zu unterstellen, sie wollten die Meinungsfreiheit einschränken. In beiden Fällen dürften nur einzelne Mitglieder angesichts des damals tobenden Bürgermeisterwahlkampfes übernerwös reagiert haben. Sicher nicht ganz grundlos.

Wir sind nicht vergeßlich, aber auch nicht nachtragend. Kritik sollte öffentlich geäußert und diskutiert werden. Das ist das Anliegen der »Barnimer Bürgerpost«. Vielleicht begreifen das irgendwann auch jene Leute, die meinen, kraft eines festgefügt Weltbildes auf jegliche Nachdenklichkeit verzichten zu können. Wenn nicht, ist's auch nicht schlimm. Denn die Geschichte nimmt ihren Lauf. So oder so.

Eine öffentliche Reaktion gab es übrigens. Sie ist im Internet unter www.psverlag.de/artikel/aufstand.html zu lesen. Dem muß seitens der BBP-Redaktion nichts hinzugefügt werden.

Was in dem Artikel vom August 2006 noch ungläubigen Protest hervorrief, wurde inzwischen übrigens von der Realität eingeholt. Im Rhein-Lahn-Kreis, das ist ganz in der Nähe von Leverkusen, wo Mauel sein Rechtsanwaltsbüro betreibt, sollen jugendliche Hartz IV-Betroffene künftig zwangsweise kaserniert werden (siehe unten). RA Mauel hielt vor einem halben Jahr schon die »reine Vermutung«, staatliche Organe könnten solch schwerwiegende Rechtsverletzungen veranlassen, für »strafrechtlich sanktionswürdig«.

G.M.

Kasernierung von Hartz IV-Betroffenen

Nach Informationen im LabourNet plant die Arge Rhein-Lahn-Kreis die Kasernierung von Hartz IV-Betroffenen unter 25 Jahren. Dabei soll es sich vorrangig um junge Erwachsene handeln, die weder zur Schule gehen noch in Ausbildung sind. Das Konzept trägt den Namen »JUWEL« (Jugendliche auf dem Weg in Arbeit) und wurde bereits im März dieses Jahres der rheinland-pfälzischen Landesregierung vorgestellt. Von dieser wurden Bezuschussungen in Aussicht gestellt. Den Informationen

nach sieht das Konzept folgendes vor: Die Jugendlichen müssen von früh bis zum späten Nachmittag in einem von der Arge gemieteten Haus verbleiben. Sie müssen pünktlich zum Appell auf dem Hofgelände des Anwesens erscheinen und werden das Haus in dieser Zeit nicht ohne Genehmigung der Arge verlassen dürfen. Erst abends dürfen sie nach Hause gehen. <http://www.elo-forum.net/hartz-iv/hartz-iv/-20070527531.html>

A.S.

Konzepte für eine schrumpfende Stadt

Prognose der Bertelsmann-Stiftung zum Einwohnerschwund nicht verwertbar

Eberswalde (bbp). In einer statistischen Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung wird Eberswalde bis 2020 ein Einwohnerrückgang von 16,5 % vorausgesagt. Das entspräche einem Einwohnerstand im Jahr 2020 von etwa 35.000. Auch der Anteil der über 50-jährigen werde stark ansteigen. Eberswalde wird in der Studie in der Gruppe »Schrumpfende und alternde Städte und Gemeinden mit hoher Abwanderung« geführt. Ingo Naumann von der Fraktion Grüne/BFB wollte zur StVV-Sitzung am 21. Juni wissen, wie die Stadtverwaltung diese Prognose einschätze, wie bisher darauf reagiert wurde und ob es aktuell ein Konzept zur demografischen Entwicklung in Eberswalde und ein entsprechendes Stadtteileentwicklungskonzept gebe.



Einst standen hier Wohnhäuser. »Bürgerwald« heißt eines der Projekte, die dem einstigen Wohngebiet nachfolgen soll.

Die Bertelsmann-Prognose, so die Antwort der Stadtverwaltung, beruhe im wesentlichen auf einer Trendfortschreibung der Entwicklung von 2000 bis 2003. Diese Methode wird von der Stadtverwaltung »kritisch« gesehen. Vor allem unter Berücksichtigung des regionalen Ansatzes der künftigen Entwicklung sei die Prognose nur eingeschränkt verwertbar. So prognostiziert die Bertelsmann-Stiftung für Schorfheide eine um 7 % steigende Einwohnerzahl, während Landeschätzungen von einer um 11,5 % sinkenden Zahl der Schorfheider ausgehen. »Die Stadt Eberswalde«, heißt es in der Antwort, »orientiert sich bei ihrer Stadtentwicklungsplanung an den offiziellen Prognosen des LUA/LDS Brandenburg aus dem Jahr 2005 und der Bevölkerungsschätzung des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) aus dem Jahr 2006. Gemäß diesen offiziellen Prognosen würde Eberswalde 2020 rund 37.200 Einwohner haben.« Die Stadt habe in der Vergangenheit auf die strukturellen Änderungen reagiert und werde das auch künftig tun. »Zu nennen sind hier in der Vergangenheit die schmerzliche Anpassung der sozialen Infrastruktur (Schließung von Kitas, Schließung und Rückbau von Schulen) und der Rückbau von ca. 2.000 Wohnungen im Rahmen des Stadtumbaus bis 2010.« Zu nennen seien aber auch die Bemühungen, »die Stadt lebens-

wert zu machen, z.B. durch die Stärkung der Innenstadt, durch Stärkung der wirtschaftlichen Basis, durch Hebung der Lebensqualität, durch Verbesserung der Wohnqualitäten«.

Das sich derzeit in Erarbeitung befindliche integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Eberswalde 2020 ist das Konzept, in dem die grundlegenden strategischen Ziele, Prioritäten und Projekte zur Bewältigung des demographischen Wandels dargelegt werden. Auf der Grundlage des INSEK soll ab 2008 der Flächennutzungsplan der Stadt fortgeschrieben werden. Auf Stadtteilebene sei vor allem das Integrierte Programmübergreifende Stadtteilentwicklungskonzept für das Brandenburgische Viertel (IP STEK) zu nennen sowie das integrierte Handlungskonzept für das Programm »Soziale Stadt«.

Die Strategie der Stadt zielt auf Verringerung des Fortzugs und auf die Erhöhung des Zuzugs. »Eine wichtige Zielgruppe für den Zuzug sind Bewohner des Umlandes, eine andere Zielgruppe sind in Eberswalde Beschäftigte, die ihren Wohnsitz noch außerhalb haben. Auf letztere, vor allem die Beschäftigten der Behörden, der Krankenhäuser, der Fachhochschule und ähnlicher Einrichtungen, geht die Stadt auch in Person des Bürgermeisters gezielt zu, um diese für den Wohnstandort Eberswalde zu gewinnen.« Künftig werde es noch wichtiger werden, in allen Segmenten des Wohnens gute und qualitätsvolle Wohnungen bzw. Bauland zu entwickeln sowie durch geschicktes Stadtmarketing die Wohnungs- und Baulandangebote auch zu vermarkten.

Der Weg der Umstrukturierung soll mittels einer offenen dialogorientierten Arbeitsweise gestaltet werden. Alle Beteiligten, Bürgerschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung müßten einerseits möglichst an einem Strang ziehen, »andererseits muß jeder Beteiligte im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv werden«. Konkret bedeute dies im Bereich des »Stadtumbaus« sehr enge Abstimmungen mit den Wohnungs-, Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen. Speziell für die Anpassung der technischen Infrastruktur im Brandenburgischen Viertel werde derzeit eine ARGE aus WHG, WBG, Stadtwerken und ZWA Eberswalde gebildet, die gemeinsam ein Anpassungskonzept technische Infrastruktur erarbeiten wird. Bürgerversammlungen, Bürgerforen und Bürgerkonferenzen werden bei der Gestaltung des Beteiligungsprozesses eine wichtige Rolle spielen. Auch das Medium Internet mit Online-Befragungen u.ä. werde die Bürgerbeteiligung ergänzen.

Integration für Migranten

Eberswalde (bbp). Die Stadtverwaltung erarbeitet derzeit ein »Konzept für die Integration bleibeberechtigter Zuwanderinnen und Zuwanderer in die Stadt Eberswalde«. Auf eine entsprechende Anfrage der FDP-Fraktion teilte die Beauftragte für soziale Angelegenheiten Barbara Ebert der StVV mit, daß die erste Lesung des Konzepts für die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Senioren, Kultur, Sport und Soziales am 11. September 2007 vorgesehen ist. Im Vorfeld seien wesentliche Grundgedanken auch mit den Betroffenen, insbesondere im Rahmen des Eberswalder Netzwerkes für die Integration, abgestimmt. Deren Vorstellungen sind bereits in das Leitbild der Stadt eingeflossen. Das Konzept werde konkrete Schritte zur Umsetzung desselben enthalten.

Auf die Frage, wie viele Zuwanderer und Zuwanderinnen bei der Gestaltung der Verwaltungsarbeit eingebunden sind antwortete die Sozialbeauftragte, daß bei der Ausschreibung von extern zu besetzenden Stellen der Verwaltung bzw. von Ausbildungsplätzen – entsprechende fachliche und persönliche Eignung vorausgesetzt – bereits jetzt darauf geachtet werde, »daß Menschen mit Migrationshintergrund das personelle Angebot erweitern«. Eine konkrete Zahl nannte Frau Ebert nicht.

Hinweise für die Erarbeitung des Integrationskonzeptes werden von der Sozialbeauftragten entgegengenommen.

Spieleitplanung

Die Stadt Eberswalde überarbeitet derzeit in vielen Bereichen der Stadtentwicklung ihre bisherigen Planungen. Leitbild, WISTEK und Verkehrsplanung gehören dazu wie auch eine Spielplatzkonzeption. Im Leitbild hat sich die Stadt unter anderem zum Querschnittsziel der Familienfreundlichkeit bekannt und auch das »Lokale Bündnis für Familie« soll die Entwicklung zu einer kinder- und familienfreundlichen Stadt voranbringen. Die Spielplatzkonzeption wurde im April durch die StVV beschlossen. Aus der Sicht der Fraktion der Linken und der ehrenamtlichen Initiatoren der Aktionsgruppe »Spieleitplanung« sollte deren Geltungsbereich erweitert werden, um die Gesamtheit der Spiel- und Bewegungsräume von Kindern und Jugendlichen zu betrachten, einschließlich deren Erreichbarkeit. In der Spieleitplanung könnten Ansätze einer Strategie der Kinder- und Familienfreundlichkeit gebündelt und das Querschnittsziel der Familienfreundlichkeit mit konkreten Maßnahmen unteretzt werden. Dabei sollte gesichert sein, daß Kinder und Jugendliche aktiv an der Erarbeitung der Pläne und deren Realisierung mitwirken können.

Die Fraktion der Linken wird dazu einen Beschlüßvorschlag in die Ausschüsse Bau, Planung, Umwelt und JSKSS einbringen mit dem Ziel in der September-StVV die Stadtverwaltung mit der Erarbeitung einer Spieleitplanung zu beauftragen. **WOLFGANG SACHSE**

Ein Jahr Spendenskandal

Fast auf den Tag genau ein Jahr nach Bekanntwerden des Spendenskandals verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung einen Bericht der Verwaltung über die »Prüfung ausgewählter Sachverhalte«. Damit wurde ein Schlußstrich unter den Spendenskandal gezogen, soweit nicht staatsanwaltliche Untersuchungen weitere Schlußfolgerungen erfordern.

Bei der Prüfung wurden alle strafrechtlich relevanten Vorgänge ausdrücklich ausgeklammert, obwohl auch und gerade bei diesen Fragen eine verwaltungsinterne Prüfung auf Versäumnisse und Verantwortlichkeiten dringend geboten war. Die wiederholt erklärte Absicht zur lückenlosen Prüfung und Aufklärung hat dem Wunsch Platz gemacht, die Angelegenheit schnell hinter sich und wieder Ruhe in die Verwaltung zu bringen. Die Prüfung wurde nicht mit der gebotenen Dringlichkeit und Zügigkeit durchgeführt. Das führte dazu, daß Ansprüche gegen Beschäftigte im Angestelltenverhältnis nicht mehr geltend gemacht werden können.

Die Prüfung toleriert indirekt, daß Mitarbeiter ihre Pflicht zur korrekten Arbeit nicht erfüllten, weil sie sich unter Druck gesetzt fühlten. Der auf die Mitarbeiter zweifellos ausgeübte Druck war ein Teil des »Systems Schulz«, eines Systems aus Filz und Liebdienerei, aus Vettern- und Günstlingswirtschaft, aus Selbstherrlichkeit und fehlender Transparenz. Vor der Erwartung zur korrekten Arbeit und zum Widerstand gegen das »System« an die Mitarbeiter steht die entsprechende Erwartung an die Führungsmannschaft der Stadt. Diese Führungsmannschaft, insbesondere die Wahlbeamten, muß sich fragen, ob und wie weit sie sich am System Schulz mitschuldig gemacht hat. Exbürgermeister Schulz darf nicht als alleiniger Verantwortlicher gesehen werden.

Die Frage nach der politischen Verantwortung geht auch an die Fraktionen der drei großen Parteien SPD, CDU und PDS. Haben Sie nicht das System Schulz über Jahre mitgetragen, frühzeitige Signale ignoriert und eine kritische Position vermissen lassen? Auch nach Bekanntwerden des Spendenskandals und des Prüfberichtes des Landkreises haben Sie keinen sonderlichen Eifer zur Aufklärung entwickelt. Mir sind bisher keine selbstkritischen Erklärungen dieser Fraktionen bekannt.

Die Aufklärung des Spendenskandals durch den mitverantwortlichen Personenkreis mußte zwangsläufig negative Wirkungen auf Tempo und Konsequenz der Aufklärung haben. Die zu Recht geforderte Einschaltung unabhängiger Prüfer durch den Landkreis ist leider unterblieben. Hierfür trägt der Landrat die politische Verantwortung.

Mein Vorschlag an die Abgeordneten, der auch vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde unterstützt wird, die Vorlage nur als einen Zwischenbericht zu bewerten und die Aufklärung fortzusetzen, fand kein Gehör.

ALBRECHT TRILLER

Vorgang nicht zu den Akten legen

Stellungnahme der Fraktion DIE LINKE zum Eberswalder »Spendenbericht«

Der lang erwartete Prüfbericht liegt jetzt vor. Fast ein Jahr ist vergangen, seit die Stadtverordnetenversammlung den Auftrag für die verwaltungsinterne Untersuchung erteilt hat. Trotz der teilweise komplizierten Sachlage ein deutlich zu langer Zeitraum.

Die Ergebnisse, die der Bericht darbringt, sind auf den ersten Blick nicht so spektakulär, wie erwartet. Sieht man jedoch genauer hin, dann ist zu erkennen, daß auf der einen Seite eine Gruppe von leitenden Beamten ein System installiert und am Leben gehalten hat, in dem Spenden, Verfügungsmittel und Ausgaben für laufende Zwecke in unzulässiger Weise miteinander verquickt und dadurch weitreichende Möglichkeiten geschaffen wurden, Geldbewegungen ohne Nachweise zu vollziehen, städtische Mittel zweckfremd einzusetzen, Zuschussungen ohne den Nachweis der Notwendigkeit vorzunehmen.

Die andere Seite des Vorganges ist aus unserer Sicht noch gravierender: Es haben sich auch alle intern üblichen Kontrollmechanismen als weitgehend unwirksam erwiesen.

Vor allem im Bereich Gemeindeorgane wurde die Prüfung der sachlichen Richtigkeit nach den auf Seite 4 des heute vorliegenden Berichtes genannten Kriterien durch die beauftragten Mitarbeiter entweder überhaupt nicht oder nur formal vorgenommen. Auch Stadtkasse, Kämmeri und Rechnungsprüfungsamt haben diese Verfahrensweise entweder nicht erkannt oder erkannt und stillschweigend geduldet.

Es gab weitere gravierende Probleme: Auf den Bericht des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes gab es zunächst eine konsequente Abwehrreaktion anstelle gründlicher Prüfungen. Eine angemessene Reaktion erfolgte erst mit der Beschlußfassung durch die StVV, fast ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung des Berichtes. Eine wirklich zielgerichtete Untersuchungstätigkeit setzt erst nach der Neuwahl des Bürgermeisters ein.

Damit wurde weiterer Zeitverzug in Kauf genommen, der dazu geführt hat, daß eine Vielzahl von arbeitsrechtlichen Sanktionsmöglichkeiten entfallen ist und Schadensersatzansprüche nur noch eingeschränkt geltend gemacht werden können.

Uns hat überdies die Tatsache zu denken gegeben, daß Mitarbeiter angaben, unter Druck gesetzt worden zu sein. Da diese Feststellung im Bericht nicht weiter ausgeführt ist, drängen sich Fragen auf: Ging dieser Druck von konkret zu benennenden Personen aus oder handelte es sich möglicherweise um einen gefühlten Gruppendruck? Welche Nachteile wurden angedroht? Und welche Vorteile brachte Wohlverhalten ein? In jedem Falle aber sagt diese Aussage etwas über die Arbeitsatmosphäre in der Stadtverwaltung in diesem Zeitraum aus. Selbstherrlichkeit und autoritärer Führungsstil, verbunden mit einer zunehmenden Entfremdung von der Mitarbeiterschaft im Rathaus sowie Gleichgültigkeit gegenüber gesetzlichen Regelungen und Beschlüssen der Stadtverordneten sind der Nährboden für die Vorfälle, die uns lange beschäftigt haben und weiter beschäftigen werden.

Die Erfahrung besagt, daß staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren lange dauern, mit Sicherheit auch die jetzt anhängigen, so daß der Vorgang mit der heutigen Sitzung also keineswegs zu den Akten gelegt werden kann.

Dazu kommt auch, daß Schulung und Belehrung sowie Schaffung eines entsprechenden Arbeitsklimas in der Verwaltung eine dauerhafte Aufgabe ist.

Die Frage, wie der Ausfall der Kontrollmechanismen in Zukunft zu verhindern ist, hat dieser Bericht nicht beantwortet und kann es wohl auch nicht. Darüber müssen sich der Bürgermeister und die Stadtverordneten weiter gemeinsam Gedanken machen.

WOLFGANG SACHSE, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der StVV Eberswalde

Alter Busbahnhof wird P&R-Parkplatz

Eberswalde (bbp). »Wann wird mit der Neugestaltung des alten Busbahnhofs begonnen? Welches Nachnutzungskonzept legt schon vor oder soll entwickelt werden?« Mit diesen Fragen wandte sich Dietmar Ortel (FDP) auf der StVV-Sitzung am 21. Juni an den Bürgermeister. Neugestaltung und Nachnutzung des alten Busbahnhofs, so die Antwort, hängen eng mit der Inbetriebnahme und Auslastung des neuen P&R-Stellplatzes am Bahnhofsvorplatz und der Höhe der Inanspruchnahme von Fördermitteln zusammen. Die Förderbestimmungen sehen vor, daß der alte Busbahnhof als zusätzlicher P&R-Stellplatz nachzunutzen ist. »Die Flächen bleiben damit bis auf weiteres öffentliche Verkehrsflächen.«

Das Land als Fördermittelgeber geht von einem Bedarf an 250 zusätzlichen P&R-Stell-

plätze aus. Stetig steigende Fahrgastzahlen aufgrund der verkürzten Fahrzeiten und besseren Zugverbindungen bestätigen diese Prognose.

Unter Abführung eines »Werterlöses« an den Fördermittelgeber könne die Zweckbindung der Flächen des alten Busbahnhofs als P&R-Stellplatz jederzeit aufgehoben werden. Solche Planungen gibt es allerdings derzeit nicht. Die Stadtverwaltung geht davon aus, daß die P&R-Fläche am Bahnhof schon bald ausgelastet sein wird und sich Bedarf an zusätzlichen Stellplätzen ergibt. »Wird die volle Auslastung der neuen P&R-Anlage annähernd erreicht, kann ab Frühjahr 2008 schon provisorisch auf dem alten Busbahnhof geparkt werden oder ggf. auch alsbald ein Umbau des alten Busbahnhofs in eine P&R-Anlage erfolgen.«

Keine Chance für Transparenz?

Die Vorlage »Transparenz in kommunalen Unternehmen« wurde vertagt, um zuvor eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht einzuholen. Das war am 22. Februar. Inzwischen war schon zweimal nachgefragt worden, ob die Stellungnahme vorliegt. Die letzte Antwort war: in der 23. Woche. Nun, in der 25. Kalenderwoche, fragte ich nach, weil die Transparentvorlage auch zur StVV am 21.6. nicht auf der Tagesordnung stand. Jetzt kann sie frühestens am 20. September beschlossen werden. In Übereinstimmung mit dem Bündnis für ein demokratisches Eberswalde sagte ich in der Einwohnerfragestunde:

»Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung tun sich schwer, den Umgang mit dem Geld der Bürger offen zu legen und sich von geheimer Rathauspolitik zu trennen. Wir erleben eine Verzögerungstaktik. Seit drei Jahren steht das Thema 'Transparenz in kommunalen Unternehmen'. Statt Transparenz zu schaffen wurde die geheime Rathauspolitik fortgesetzt. Beispiele für die Folgen:

Die Stadtwerke, und damit das Tafelsilber, wurden durch die TWE rechtswidrig verscherbelt. Der Spendenskandal. Die fragwürdige Rettung der Wirtschaftsfördergesellschaft (WFG) durch eine Kapitalaufstockung durch die TWE aus dem Erlös des Stadtwerkeverkaufs. Der Forderungsverzicht des ZWA gegenüber der WFG in Höhe von 616 TEuro. Der Erwerb und die Sanierung des ehemaligen Kranbau-Ambulatorium durch die TWE entgegen dem Geschäftszweck der Gesellschaft.

Daraus ergeben sich für mich folgende Fragen: Herr Bürgermeister Boginski, Sie wollen mehr Bürgernähe und Transparenz. Warum setzen Sie sich nicht mit größerem Nachdruck dafür ein?

Herr Fraktionsvorsitzender Sachse, Sie haben die Prüfung durch die Kommunalaufsicht gefor-

dert. Warum geben Sie sich jetzt mit der schleppenden Bearbeitung zufrieden?

Herr Fraktionsvorsitzender Kikow, Ihre Fraktion hatte im Februar eine eigene Vorlage eingebracht. Jetzt nehmen Sie die Verschleppung der Beschlussfassung hin. Sind Sie nicht mehr an der Beschlussfassung interessiert?

Sehr verehrte Damen und Herren Stadtverordnete, Sie stehen vor der Frage: Fortsetzung der geheimen Rathauspolitik oder Öffnung der kommunalen Unternehmen für den Blick der Bürger. Sie tragen die Verantwortung für die Gewinn bzw. Verlust dieser oder jener Politik. Wollen Sie die Entscheidung darüber der 2008 neu zu wählenden Stadtverordnetenversammlung überlassen?«

Antwort gab es sofort. Bürgermeister Boginski verwies auf ein Schreiben, das den Stadtverordneten vor der Sitzung auf den Tisch gelegt wurde (nachdem es schon 14 Tage im Rathaus rumlag). Demnach hat es die Kommunalaufsicht als rechtswidrig bezeichnet, Aufsichtsratssitzungen öffentlich durchzuführen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Kikow erklärte dazu, mit ihm seien rechtswidrige Beschlüsse nicht zu machen (es war die Beschlussvorlage seiner Fraktion!). Der Fraktionsvorsitzende der Linken.PDS Sachse sagte, die Sitzungen der Gesellschafterversammlung wären jetzt schon öffentlich, aber keiner ginge hin.

Ob und wie die Bemühungen um Transparenz in kommunalen Betrieben jetzt weiter gehen, blieb allerdings im Dunkeln. Nach meinem Eindruck gibt es dafür (trotz gegenteiliger Erklärungen) offenkundig keinen ausreichenden politischen Willen.

THOMAS GÄDICKE

Jugendweihe ab 2008 wieder im »Schwärzetal«

Eberswalde (bbp). Die lokale Tageszeitung berichtete am 29. Mai über die Jugendfeiern 2007. Der Festakt fand in diesem Jahr nicht wie traditionell im Haus »Schwärzetal« statt, obwohl sich der HIBBZ e.V. als Trägerverein der Jugendfeiern darum bemüht hatte.

Nach dem Pressebericht erklärte eine Sprecherin des jetzigen Pächters, der Hoffnungsthaler Werkstätten, »daß man als kirchlicher Träger die Konfirmation, aber nicht die Jugendweihe fördere«.

Die Fraktion DIE LINKE fragte daraufhin in der StVV am 21. Juni, inwieweit die Absage zur Durchführung der Jugendweihefeiern inhaltlich mit dem abgeschlossenen Pachtvertrag im Einklang stehe. Die Fraktion sehe dies als Vertragsverstoß. Sie machte in ihrer Anfrage auch auf mögliche Rückforderungen von Fördermitteln als Folge der ideologisch begründeten einseitigen Nutzungsverweigerung hin.

»Was werden Sie unternehmen«, wurde der Bürgermeister persönlich angesprochen, »um

künftig eine derartige Diskriminierung aus ideologischen bzw. weltanschaulichen Gründen zu verhindern und bei der Nutzung des Hauses 'Schwärzetal', das sich nach wie vor im Eigentum der Stadt befindet, die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit entsprechend Artikel 4 des Grundgesetzes zu gewährleisten?«

Für den Bürgermeister antwortete der Beigeordnete Lutz Landmann, daß die Stadtverwaltung inzwischen Kontakt sowohl zum HIBBZ e.V. als auch zu den Hoffnungsthaler Anstalten aufgenommen habe. Die Hoffnungsthaler Werkstätten, ein Tochterunternehmen der Anstalten, die das Haus »Schwärzetal« betreiben, sind an einer wirtschaftlichen Betreibung des Hauses interessiert und wollen deshalb auch auf Veranstaltungen wie die atheistischen Jugendfeiern nicht verzichten. Ab dem Jahr 2008, so die übereinstimmende Auskunft von HIBBZ e.V. und Hoffnungsthaler Anstalten, werden die Jugendfeiern wieder im Haus »Schwärzetal« stattfinden.

Verlaß auf Kommunalaufsicht

Das demokratische Spielchen um das Thema Transparenz in kommunalen Unternehmen läuft wie geplant. Nun kommt es noch so heraus, als wollten die Vorkämpfer und die Befürworter für Transparenz in kommunalen Betrieben der Stadt Eberswalde rechtswidrige Regelungen einführen.

Es sah schon so aus, als wollte man im Februar 2007 einen Beschluß fassen, um den man sich schon zwei Jahre herumdrückt. Zum Glück haben die Walter des Rechts in der StVV noch die Notbremse gezogen und die Kommunalaufsicht einbezogen. Wie gut. So wurde ein gesetzwidriger Beschluß verhindert.

Aber warum hat niemand die Forderung nach kommunalaufsichtlicher Prüfung gestellt, als der Beschlußantrag der Allianz freier Wähler durch die StVV abgelehnt wurde? Dieser Beschlußvorschlag hätte mit großer Wahrscheinlichkeit die Zustimmung der Kommunalaufsicht gefunden, aber er wurde ohne jegliche Debatte aus parteipolitischen Kalkül abgelehnt.

Die Kommunalaufsicht hat nun zu der von der SPD eingebrachten Beschlußvorlage festgestellt, daß es keine öffentlichen Aufsichtsratssitzungen geben dürfe. Sie hat auf das geantwortet, was gefragt wurde, nämlich: »Dürfen Aufsichtsratssitzungen öffentlich sein?«

Aber die Frage steht anders, und die müssen sich die Stadtverordneten zunächst einmal selbst stellen: Wie gewährleisten wir Transparenz in kommunalen Betrieben, damit die Bürger sehen, wie mit ihrem Geld umgegangen wird. Die ist eine berechtigte Forderung der Bürger, aber diese Frage ist noch nicht beantwortet worden, weder von den Stadtverordneten noch von der Kommunalaufsicht.

Wie die StVV nach der Stellungnahme der Kommunalaufsicht mit dem Thema Transparenz weiter umgehen will, dazu wurde bisher nichts ausgeführt. Aber so leicht kommt sie an diesem Thema nicht vorbei. Die Formulierung eines Bürgerbegehrens zur Transparenz in kommunalen Betrieben liegt schon geraume Zeit vor. Noch hatten die Initiatoren Hoffnung, daß die StVV einen Beschluß dazu faßt. Aber nun ist der Zeitpunkt bald gekommen, daß die Entscheidung von den Bürgern selbst getroffen wird (ehe das letzte Tafelsilber verkauft oder verzehrt wurde). Vielleicht geht der Weg zur Transparenz nur über einen druckgeklagtes Bürgerbegehren / Bürgerentscheid. Der günstigste Zeitpunkt dafür, die nächstjährigen Kommunalwahlen, ist nicht mehr weit.

Gelingt es nicht, die kommunalen Betriebe transparenter zu machen, stellt sich zunehmend die Frage, ob dann nicht die Betriebe in den Schoß der Stadt zurückgeholt werden müssen, d.h. nicht mehr in der Rechtsform als GmbH fort existieren. Das könnte schon Gegenstand des Bürgerbegehrens sein, das unumgänglich geworden zu sein scheint.

Kooperation mit FH

Eberswalde (prest-ew). Die Stadt Eberswalde ist bereits seit längerem bemüht, den Studierenden ein angenehmes Umfeld zu schaffen, sei es durch die Begrüßungsfeier auf dem Marktplatz oder auch durch das Begrüßungsgeld. Die Hochschule ihrerseits unterstützt die Stadtentwicklung zum Beispiel durch verschiedene Beratungsangebote, durch die Mitarbeit von Hochschullehrer/innen und Studierenden in verschiedenen Gremien oder Vereinen der Stadt und trägt den guten Namen Eberswaldes in die weite Welt.

Auf dieser Basis sollen künftig wesentliche Themen der Stadt- und Hochschulentwicklung an ihren Berührungspunkten zusammengeführt und gemeinsam gestaltet werden. Am 9. Juni unterzeichneten Bürgermeister Friedhelm Boginski und FH-Präsident Prof. Dr. Wilhelm-Günther Vahrson im Beisein der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Johanna Wanka den Kooperationsvertrag. »Wir erhoffen uns von dieser Zusammenarbeit« so Boginski und Vahrson, »positive Effekte für die Entwicklung von Stadt und Hochschule«. Damit die Stadtverordneten und die Professoren die richtigen Ansprechpartner auf »der anderen Seite« und die passenden Gesichter dazu kennen lernen konnten, gab es im Anschluß an die Vertragsunterzeichnung eine Gesprächsrunde.

Die Fachhochschule Eberswalde veranstaltete zeitgleich ihren Tag der offenen Tür. Zahlreiche Eberswalderinnen und Eberswalder nutzten die Gelegenheit, sich die Hochschule »von innen« anzusehen.

FH nicht parteineutral

Eine von Steuermitteln finanzierte Bildungseinrichtung sollte parteipolitisch neutral sein. Das kann man von der FH Eberswalde in den letzten Wochen nicht behaupten! Sie macht aktiv Wahlwerbung für Bündnis 90/Die Grünen und stellt ihnen ihre Räumlichkeiten für Parteiveranstaltungen zur Verfügung, anderen Parteien jedoch nicht. Prof. Vahrson sollte sich schämen, derart offen seine Sympathien für Cornelia Behm (MdB) und ihre grünen Mitstreiter zur Schau zu stellen, das gehört sich einfach nicht!

Den Anfang machte am 26. April eine Filmpräsentation der grünen Bundestagsfraktion, kurze Zeit später (30.05.) kam der Landesvorsitzende zu einer Podiumsdiskussion über G8 an die FH und am 23.06. tagte der Landesparteitag in der Aula der FH. Wenn das keine klare Parteinahme ist, was denn dann?

Prof. Vahrson kann sich nur neutral aus der Affäre ziehen, wenn er anderen Parteien oder Fraktionen ebenfalls ohne Wenn und Aber seine Räumlichkeiten zur Verfügung stellt!

TOM MEYER, Eberswalde

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«, 16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

»Der Bund wird unsere Probleme nicht lösen«

Eine Antwort zu »B 167 - Nordvariante entspricht den Erfordernissen« in BBP 6/2007

Die B167-Nordvariante berücksichtigt ausschließlich überregionale Verkehrsplanungen des Bundes, der diese Straße auch nicht als Umgehung bezeichnet. Daß über diese Straße drei Gewerbegebiete einen schnelleren Weg zur Autobahn erhalten könnten, wenn sie angebunden würden, ist wohl eher ein Zufallsprodukt, zumal der Bund diese Anbindungen gar nicht vorgesehen hat, voraussichtlich nicht genehmigen wird und schon gar nicht bezahlt.

Die regionalen Erfordernisse zur innerörtlichen Entlastung werden nicht nennenswert berücksichtigt. Zu diesem Schluß kommen alle Fachleute und Planer, zuletzt das Planungsbüro Dr. Hunger, das die wesentlich wirksamere Entlastung des innerörtlichen Verkehrs in Finowfurt durch eine Südanbindung der Gemeinde an die Autobahn nachgewiesen hat. Die Verwaltungen in Eberswalde und Schorfheide haben erkannt, daß sie aktiv werden müssen um zu tragfähigen, vorzugsweise ge-

meinsamen Lösungen zu kommen. Es besteht dringender Handlungsbedarf, denn der Bund wird unsere Probleme nicht lösen – das sieht er nicht als seine Aufgabe – am wenigsten durch den »Blauen Ring« um Berlin, von dem die B167 neu ja nur ein kleiner Teil ist.

Das alles sind Tatsachen, Herr Gilles, nicht »nebulöse Verkehrsplanungen« eines Kreistagsabgeordneten der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB). Man kann sie beim Vorhabenträger, der Bundesstraßenbaubehörde oder auch im Strukturentwicklungsamt der Kreisverwaltung nachfragen und so bestätigen lassen. Im übrigen kann ein Kreistagsabgeordneter einer kleinen Fraktion sehr gut mit beleidigenden Äußerungen leben und als kleines »Dankeschön« für die geleistete ehrenamtliche Arbeit werten. In dieser Weise verunglimpft und diffamiert – da muß er etwas richtig gemacht haben!

JOHANNES MADEJA, BKB/Freie Wähler

Flugplatzausbau in Finow ist unrealistisch

Die Länder Berlin und Brandenburg haben vereinbart, in Berlin-Schönefeld den Single-Flughafen Berlin-Brandenburg-International (BBI) zu errichten. Das Vertragspapier und die Grundlage dazu heißt Konsensbeschluß. Dieser sieht im beiderseitigen Einvernehmen die Schließung der innerstädtischen Flughäfen Tempelhof und Tegel vor. Der Geist des Beschlusses kann aber nicht so uminterpretiert werden, daß anstelle der geschlossenen Berliner Flughäfen andere Flughäfen im Land Brandenburg ausgebaut werden können. Es gilt noch immer der vereinbarte alte »Strieder«-Vorschlag: Keinen weiteren Flughafenausbau im Umkreis von 100 km! Die Gesellschafter des BBI sind zu je einem Drittel der Bund, Berlin und Brandenburg. Millionen an Steuergeldern sind und müssen noch verbaut werden, um einen funktionstüchtigen Flughafen und dessen Infrastruktur entstehen zu lassen.

Wenn die Linkspartei mit dem Landtagsabgeordneten Ralf Christoffers an der Spitze den Ausbau von Finow befürwortet, weil nach eigenem Bemessen keine Wettbewerbsnachteile für BBI entstehen würden, kann man über diese Sprechblasen und den wirtschaftlichen Unsinn nur staunen. Zu hoffen ist, daß dieser selbsternannte linke »Wirtschaftsexperte« in der Landesregierung niemals Verantwortung in Sachen Wirtschaft bekommen.

Im Barnim selbst gibt es keinen Bedarf für einen Flughafen Finow. Die Millionen Fluggäste können nur in Konkurrenz zum BBI aus Berlin nach Finow gelockt werden. Der Ausbau von Finow ist unrealistisch und würde wieder Millionen bei der Infrastruktur kosten. Er schadet dem Bemühen von Berlin und Brandenburg einen wirtschaftlich leistungsfähigen Flughafen BBI auf die Beine zu stellen.

Der PDS-Landtagsabgeordnete Ralf Christoffers gilt als Befürworter eines Regionalflyhafens in Finow. Daß dies hauptsächlich seine persönlichen Meinung darstellt, wird meist verschwiegen. Die Eberswalder PDS jedenfalls sprach in ihrem Kommunalwahlprogramm von 2003 lediglich von einem »maßvollen Ausbau des Flugplatzes Finow unter Beachtung der Bürgerinteressen und Umweltbelange ohne den Einsatz weiterer kommunaler Mittel«.



Privatwirtschaftlich orientierte Unternehmer streben in Finow eine Startmasse von 85 Tonnen im Tag- und Nachtflug an. Damit wollen sie in das Hauptsegment des Flugverkehrs vom BBI greifen und dieses schwächen. Das wird von der Landesregierung Brandenburg nicht mitgetragen. Die Beschränkungen für größere Flugzeuge werden, laut Minister Dellmann, durch das Land Brandenburg auch in Zukunft nicht aufgehoben.

Die Linkspartei.PDS und Christoffers stellen sich mit ihrer Kritik an Wirtschaftsminister Junghans zum Ausbau Flugplatz Finow ein Armutzeugnis aus.

Abzuwarten ist ohnehin erst das Raumordnungsverfahren. Ob ein Flughafen Finow genehmigungsfähig ist oder nicht, hängt zum Glück nicht von inkompetenten Flughafenschwätzern und deren Betrachtung über die Konkurrenzsituation ab.

THOMAS GILLES

Für ein demokratisches Eberswalde:

Bündnis feiert ersten Jahrestag

Eberswalde (bündnis/bbp). Die Aktionen zur Rettung der Albert-Einstein-Oberschule waren mit einer politischen Aktivierung der Beteiligten verbunden. Zahlreiche Eberswalderinnen und Eberswalder unterstützten den Schülerstreik vom Mai 2006. Nachdem im Juni eine knappe Mehrheit der Eberswalder Stadtverordneten die weitere Schulentwicklung endgültig dem Landkreis überließ und damit den Stab über die Einsteinschule brachen, reifte die Bereitschaft, selber ins politische Geschäft einzugreifen. Am letzten Juni-Wochenende berichtete die lokale Tageszeitung über den Spendenskanal (vgl. auch BBP 4/2006). Drei Tage danach gab es am Rande des Einstein-Schulfestes »Gipfel der Bildung« erste Diskussionen über eine eventuelle eigene Bürgermeisterkandidatur.

Am 6. Juli 2006 fanden sich dann etwa zwanzig Bürgerbewegte im Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel zusammen. Der Kampf um den Erhalt der Einstein-Schule sollte Thema des bevorstehenden Bürgermeisterwahlkampfes werden. Hartwin Schulz erklärte sich bereit, zu diesem Zweck für das Bürgermeisteramt zu kandidieren. Das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« konstituierte sich. Die lokale Tageszeitung berichtete über das Bündnis und die beabsichtigte Kandidatur von Hartwin Schulz. Eine Woche später wählten die Eberswalderinnen und Eberswalder den bereits seit einem halben Jahr suspendierten Bürgermeister Reinhard Schulz ab.

Das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« erarbeitete ein Wahlprogramm und begann am 21. August im Rahmen des zweiten Jahrestages der Eberswalder Montagsdemo mit dem heißen Wahlkampf. Während Hartwin Schulz seinen ersten öffentlichen Wahlkampfauftritt hatte, votierte die Linkspartei.PDS gegen den Vorschlag, den Bürgerkandidaten zu unterstützen und schickte kurzfristig einen eigenen Kandidaten ins Rennen.

Hartwin Schulz führte einen aktiven Wahlkampf. Zahlreiche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern wurden geführt. Während die kommerziellen Medien sehr zurückhaltend über das Programm und die Aktivitäten des Bündniskandidaten berichteten, ein Anzeigenblatt gar offene Hetze betrieb, verließ sich das Bündnis vor allem auf eigene Kräfte. Bündnismitglieder verteilten insgesamt 100.000 Flugblätter in der Stadt. Am Abend des 29. Oktober war dann klar: 18,7 Prozent der Wählerinnen und Wähler hatten beim 1. Wahlgang für Hartwin Schulz als Eberswalder Bürgermeister gestimmt. Mit seinem dritten Platz ließ er die Kandidaten von SPD, PDS und B90/Grüne hinter sich. Das Bündnis erklärte die Bürgermeisterwahl zum Beginn einer langfristig orientierten Einmischung in die Kommunalpolitik mit der Kommunalwahl 2008 als nächstes Ziel.

Weil sich Friedhelm Boginski gegen den Erhalt der Einstein-Schule aussprach, gab das Bündnis für die Stichwahl keine Wahlempfehlung ab. Stattdessen rief es zur Bürgermeisterernennung am 30. November zu einer Kundgebung für mehr Demokratie auf. Die aufkommenden Proteste gegen die geplante Müllverbrennung erweiterten den Gegenstand der Kundgebung. Die StVV beschloß an diesem Tag über den Vertrag zur Abgabe der weiterführenden Schulen – und damit über die Schließung der Einsteinschule. Daher stand das Schulthema im Mittelpunkt des Agierens von Mitgliedern des »Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde« in der Einwohnerfragestunde. Auch die nachfolgenden StVV-Einwohnerfragestunden nutzte das Bündnis für Fragen, Anregungen und Vorschläge. Dazu gehörten Themen wie die Ablehnung der »Transparenzvorlage« der Fraktion Allianz Freier Wähler durch die StVV, die Zustimmung zur Einrichtung eines Amtes zur Wirtschaftsförderung in der Stadtverwaltung und Vorschlag weiterer Konsequenzen, die Vorlage der SPD zur Herstellung von Transparenz in kommunalen Unternehmen, die mangelhafte Aufarbeitung des Spendenskandals sowie Vorschläge zur Erarbeitung eines »Bürgerhaushalts«.

Im März war dann vorerst Schluß mit den Erklärungen. Vom Fraktionsvorsitzenden der LINKEN initiiert, stellte die Verwaltung Formalien klar, wonach die Einwohnerfragestunde ausschließlich unmittelbar von Einwohnern für ihre Fragen, Vorschläge und Anregungen genutzt werden könnten. Fortan wurden also die Erklärungen von den Vertretern des Bündnisses als persönliche Wortmeldung vorgetragen mit der Bemerkung, daß das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« der gleichen Auffassung sei. Weitere Themen waren: Die Erhaltung der Verbraucherzentrale, der Teilschuldenverzicht des ZWA gegenüber der WFGE, die Tierpark Eintrittspreise, die Müllverbrennungsanlage und der Bürgerhaushalt.

Mitglieder des »Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde« sind in zahlreichen anderen Zusammenhängen aktiv, wie dem im Februar gegründeten Verein »Freie Schule Finow e.V.« und in der Bürgerinitiative gegen die Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Steil. Mit den Stadtverordneten der Allianz freier Wähler, die sich als Teil des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde verstehen, ist das Bündnis bereits in der StVV vertreten. Weitere Bündnismitglieder sind in anderen Fraktionen aktiv. Mit der geplanten Teilnahme an den nächsten Kommunalwahlen wird sich der überparteiliche Charakter des Bündnisses verlieren, während zugleich die Rolle als Alternative zu den etablierten Parteien in den Vordergrund tritt. Derzeit befindet sich das Bündnis in der Diskussion, wie es damit umgehen wird.

»Gemeinsam sind wir stark« Schulfest der Grundschule Schwärzese

Am 21. Juni 2007 fand in der Grundschule Schwärzese das alljährliche Schulfest statt. Es stand dieses Mal unter dem Motto »Gemeinsam mit unseren Partnern sind wir stark«.

Bereits seit einigen Jahren haben wir einen Kooperationsvertrag mit dem BSIJ e.V. Dieses Jahr kamen nun noch Verträge mit den Kitas, dem Patenbetrieb TWE und seit dem Schulfest auch mit den Oberbarnimer Eisenbahnfreunden e.V. dazu. All unsere Partner waren eingeladen und dazu auch die Bewohner des Wohngebietes und alle interessierten Leute.

Trotz Regen- und Unwetterwarnung kamen sehr viele Besucher. In den Räumen, Fluren und auf dem Schulhof waren unzählige Stationen aufgebaut, an denen man sich beschäftigen konnte. Es war für jeden etwas dabei und auch für das leibliche Wohl war gesorgt. Sehr viele Eltern spendeten uns Kuchen für das Café und unterstützten uns auch mit Preisen und anderen Dingen. Dafür gilt unser Dank!

Einso möchten wir uns hiermit bei den Mitarbeitern der »Sozialen Stadt« bedanken, denn mit deren finanzieller Unterstützung konnten für die Klassen Spielgeräte gekauft werden, die im neuen Schuljahr auf dem Schulhof sicher regen Ansturm erleben werden. Außerdem wurde der Kletterturm, ein neues Highlight auf dem Fest, finanziert und Sonnenschirme, welche wir wegen des Regens jedoch nicht aufstellen konnten.

Doch es wird ja auch im nächsten Jahr ein weiteres Fest geben und bis dahin, nochmals danke an alle fleißigen Helferinnen und Helfer, die unser Fest so toll unterstützt haben.

M.H.

Bildungsfahrplan

Vorstandsmitglied Joachim Rau vom Verein Oberbarnimer Eisenbahnfreunde e. V. und Ernest Hobohm, Schulleiter der Grundschule Schwärzese, haben auf dem Schulfest am 22. Juni einen gemeinsamen Bildungsfahrplan unterzeichnet. Er sieht die Gründung und Betreuung einer Schüler-Arbeitsgemeinschaft Modellbahn durch die Oberbarnimer Eisenbahnfreunde ab dem kommenden Schuljahr an der Schwärzese-Grundschule vor.

Die Arbeitsgemeinschaft soll die Schüler an das Thema Verkehr im Allgemeinen und an die Eisenbahn im Besonderen heranführen und ihr Interesse für das Thema Modelleisenbahn wecken. Den Schülern soll die Möglichkeit geboten werden, ihr technisches Verständnis, ihre motorischen Fähigkeiten und ihr handwerkliches Geschick zu entwickeln. Darüber hinaus soll den Schülern mit der Geschichte der Eberswalde-Finowfurter Eisenbahn, mit der sich der Verein intensiv beschäftigt, ein Stück Regionalgeschichte anschaulich vermittelt werden.

VEIKO KUNKIS,
Oberbarnimer Eisenbahnfreunde e.V.

Arm trotz Arbeit

Eberswalde (cz). Mit Stand 4. Juni 2007 gibt es im Landkreis Barnim 3.053 Berufstätige, die aufstockend Leistungen nach SGB II erhalten. In der Uckermark sind es sogar 5.346 Menschen, deren Lohn unterhalb des Hartz IV-Leistungssatzes liegt.

Gepfändet

Florenz (gfp/bbp). Seit mehr als zehn Jahren kämpfen die Opfer von Angehörigen eines Massakers deutscher Faschisten im 2. Weltkrieg um Entschädigung. In dem griechischen Dorf Distomo wurden im Juni 1944 bei einer Strafexpedition der 4. SS-Polizeidivision 229 Dorfbewohner ermordet. Das Landgericht Livadia verurteilte die BRD bereits 1997 rechtskräftig zur Zahlung von umgerechnet rund 27 Millionen Euro. Der Bundesregierung gelang es mit politischem Druck bis heute, sich dem Urteilspruch zu entziehen. Im Mai dieses Jahres erklärte das Oberlandesgericht Florenz das Urteil für vollstreckbar. Gegenüber germanforeign-policy.com berichtete der mit der Vollstreckung in Italien beauftragte Rechtsanwalt Joachim Lau (Florenz): »Zur Sicherung der berechtigten Schadensersatzansprüche aus dem Zweiten Weltkrieg wurden am 8. Juni 2007 deutsche Liegenschaften nahe Como/Italien durch Eintragung einer Zwangshypothek gepfändet.« Mit dem Erlös aus den Pfändungen sollen die Angehörigen der NS-Opfer nach 63 Jahren endlich entschädigt werden.

G 8 regiert die Welt

Aber der Widerstand wächst



Friedliche Demonstranten aus dem Barnim ...

Mit Bus, Bahn und Fahrrad sind auch Eberswalder und Bernauer nach Rostock gereist, um dort am 2. Juni, einem Sonnabend, an der Demo gegen G8-Anmaßung und Neoliberalismus teilzunehmen. Was hiesige Medien berichteten und was wir erlebten, waren allerdings zwei verschiedene Ereignisse. Von dreißigtausend Demonstranten sprach RBB-Infodadio am Sonntagmorgen. MOZ berichtete am Montag nur über Straßenschlachten mit der Polizei. Doch unser Demonstrationszug (einer von dreien) zog friedlich und organisiert vom westlichen Stadtrand bis zum Warnowufer. Dort erlebten wir eine große, friedliche Kundgebung von mindestens 70.000 im Gelände des Stadthafens, bis wir kurz nach 17.00 Uhr wieder zu den Bussen gingen. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei waren trotz ihrer Heftigkeit eine Randerscheinung, von der viele gar nichts mitbekamen. Nicht zu übersehen war aber – lange vor Beginn der Störungen durch Steinewerfer

– ein beispielloser Polizeiaufmarsch entlang dem gesamten Hafengelände. Von deeskalierender Polizeitaktik konnte in Rostock nicht die Rede sein. Wer große Polizeieinheiten bis in die Kundgebungsränder vorschickt, der will provozieren. Und darauf sind leider einige junge Leute hereingefallen.

Was von Rostock bleiben wird, ist die Kraft des Protestes. Die Doberaner Mönche fühlten sich einst durch das unerklärliche Zutagetreten eines Geröllwalles, des Heiligen Dammes, in einer Sturmflutnacht geschützt. Der neue Konvent in Heiligendamm fürchtete nicht das Meer, sondern die Flut der Protestierer an Land. Aber auch Hightec-Zaun und hochgerüstete Polizei waren dagegen kein zuverlässiger Schutz. Wie schrieb doch Brecht: »Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine. Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.«

ROLF RICHTER

... sahen sich einem martialisch ausgerüstetem Polizeiaufgebot gegenüber.



Über 1000 Unterschriften für das Sozialticket!

Im ver.di-Bezirk Uckermark-Barnim sind bislang über 1.000 Unterschriften für die Volksinitiative »Für ein Sozialticket in Brandenburg« gesammelt worden. Dabei wurden regionale und kommunale Veranstaltungen genutzt, um mit den BürgerInnen ins Gespräch zu kommen und sie für eine Unterschrift zu gewinnen. Stellvertretend seien genannt:

Die 2. Barnimer Gesundheitsmesse, der Tag der Offenen Tür der Eberswalder Fachhochschule, das Hoffest der Eberswalder Wurst GmbH in Britz, die Landpartie der Bildungseinrichtung Buckow e.V., das regionale Kirchenfest der Evangelischen Kirche im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Eberswalde sowie der Tag des Sports anlässlich der Zootour Rostock-Eberswalde im Eberswalder Tierpark.

Aber auch VertreterInnen von Vereinen und Verbänden in der Region helfen mit, Unterschriften zu sammeln bzw. leisten selber Unterschriften. Lobenswert seien an dieser Stelle genannt: ver.di Mitglied Jan Toron mit seinem Team vom SV Medizin Eberswalde, die GewichtheberInnen und die TänzerInnen vom SV Motor Eberswalde, die Mitglieder der Biker Union e.V. Eberswalde, der Barnimer Baumschutzstammtisch sowie StudentInnen der Eberswalder Fachhochschule.

Parteiübergreifend haben auch die Mitglieder des Polizeibeirates beim Polizeipräsidium Frankfurt/Oder während ihrer planmäßigen Sitzung im Mai kommentarlos unterschrieben. Selbst Zoodirektor Dr. Bernd Hensch ließ es sich nicht nehmen, nach strapaziösen 320 km

von Rostock nach Eberswalde unmittelbar nach der Ankunft im Tierpark und einer kurzen Atempause seine Unterschrift für die Volksinitiative zu leisten.

Insgesamt gilt es, an diesem bisherigen guten Ergebnis anzuknüpfen und diese Volksinitiative stärker in die Breite zu tragen. Die Anzahl der aktiven AkteurInnen, insbesondere aus dem Kreis der Anspruchsberechtigten, ist zu erhöhen, damit das angestrebte Ziel von 20.000 Unterschriften bis Ende September diesen Jahres erreicht wird.

Am 3. Juli wird bei einem Treffen der Initiatoren der Volksinitiative »Für ein Sozialticket in Brandenburg« erste Bilanz gezogen und darüber beraten, wie im Land, in den Regionen und vor Ort diesbezüglich größere gesellschaftliche und ergebnisorientierte Aufmerksamkeit erreicht werden kann. Der ver.di-Bezirksvorstand Uckermark-Barnim wird sich in seiner Juni-Sitzung diesbezüglich ebenfalls verständigen. Abschließend möchte ich all denjenigen herzlich danken, die in ver.di und darüber hinaus ihren Anteil an dem bisherigen positiven Ergebnis der Unterschriftensammlung hatten.

CARSTEN ZINN, Initiator für ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Berlin-Brandenburg

Internetlinks zu Infos und Unterschriftenlisten für die

»Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg«:

http://bb.verdi.de/#sozialticket_fuer_brandenburg_ver.di_unterstuetzt_landesweite_volksinitiative
<http://www.berlin-brandenburg.dgb.de/article/articleview/5132/1/9/>
<http://www.volkssolidaritaet.de/cms/Volkssolidarit%C3%A4t+Brandenburg/Themen+Brandenburg/Sozialticket-p-8051.html>
http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/dialog-brandenburg/Flugblaetter/DialogBB_Folder-Sozialticket_2.pdf
http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/dialog-brandenburg/Flugblaetter/Unterschriftenliste_VI_Sozialticket_quer_endversion__1_.pdf

Der Landrat ist gefragt

Die Entwicklung des ZWA's Eberswalde und seine »Beziehungen« zu Landes- und Oberverwaltungsgerichten könnten fast unter dem Titel »Eine unendliche Geschichte« gefaßt werden. Doch nun scheint es ein Ende geben zu können, wenn der Landrat als Vertreter der Unteren Kommunalaufsicht die Kommunen des ZWA's dabei unterstützt. Worum geht es?

Seit langem sind sich die Vertreter der Kommunen im Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Eberswalde einig, die unterschiedliche Behandlung ihrer Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Anschlußbeitragspflicht zu korrigieren.

Dem diene auch die letzte Satzungsänderung, mit der durch gesplittete Gebühren diejenigen geringer belastet werden sollten, die Anschlußbeiträge bezahlt hatten. Daß die oftmals über die Lebenserwartung der Betroffenen hinausgehende Regelung umstritten war zeigte nun auch das Gerichtsurteil. So sind die Vertreter der Kommunen in der Versammlung des ZWA gefordert, einen anderen Weg zu finden. Diesen anderen Weg schlug der ZWA bereits 2005 vor. Er beinhaltete an die ca. 2.400 Beitragszahler die Beiträge zurück zu zahlen und die Investitionen langfristig über die Gebühren einzuholen. Dies scheiterte an der Genehmigung des Landrates für die Aufnahme eines notwendigen Kredites in Höhe von ca. 9 Mio Euro, wobei das Land sich zum damaligen Zeitpunkt bereit erklärt hatte 2,0 Mio Euro davon zu tragen. Nunmehr, nach dem Gerichtsurteil gibt es fünf Möglichkeiten:

1. Die Gebühren zwischen ehemaligen Beitragszahlern und Nichtanschlußbeitragszahlern müßten so unterschiedlich gestaltet werden, daß dies einerseits nicht gerechtfertigt wäre und andererseits es auch damit nicht ge-

lingen würde, alle Beiträge noch zu Lebzeiten den Anschlußzahlern zurückzuzahlen.

2. Man könnte die Beitragszahlung wieder einführen. Dies würde aber bedeuten, daß auch diejenigen, die Altanlagen aus der DDR nutzen, herangezogen werden müssen. Das würde den Vertrauensschutz in Frage stellen.

3. Es könnte mit allen ca. 2.400 ehemaligen Beitragszahlern ein Einzelbilligkeitsabkommen getroffen werden, dies aber scheint nicht realisierbar.

4. Die Kommunen könnten aus ihren Haushalten Zuführungen zum ZWA tätigen, was deutlich zulasten anderer sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Aufgaben ginge.

5. Über einen Verbandskredit wird der de facto Kredit den der Verband für Investitionen über die Anschlußbeiträge bei den Bürgern aufgenommen hat umgewandelt und geht in seiner Refinanzierung über die Gebühren wieder ein. Dies würde über einen Zeitraum von ca. 30 Jahren geschehen. Diese Variante würde weder die Kommunen noch die Bürgerinnen und Bürger belasten und auch nicht den Verband überfordern. Zugleich wäre damit dem Grundsatz der Gleichbehandlung aller Beteiligten an der leitungsgebundenen Abwasserentsorgung genüge getan.

Aus meiner Sicht ist die 5. Variante die einzig gangbare, um auch den sozialen Frieden in unseren Gemeinden nicht weiter zu gefährden. Bei Vorlage entsprechender betriebswirtschaftlich belastbarer Beschlüsse der Versammlung und zinsgünstiger Kreditangebote bedarf es »nur« der Zustimmung des Landrates für diesen Kredit. Ich hoffe sehr, daß ihm das die Wiederherstellung der Gleichbehandlung aller Gebührenzahler wert ist.

MARGITTA MÄCHTIG

»Anti-Olchi-Gruppe« sorgt für Sauberkeit

Müllsammelaktion der Grundschule Schwärzensee im Brandenburgischen Viertel

Am 14. Juni trafen sich Schülerinnen und Schüler der Grundschule Schwärzensee, Eltern und Mitbewohner des Brandenburgischen Viertels zur ersten Müllsammelaktion der »Anti-Olchi-Gruppe«. Olchis sind Fabelwesen, welche sich im Müll wohlfühlen. Wir jedoch sind gegen den Müll und fühlen uns in einem sauberen Wohngebiet wohler. Deshalb gründeten wir eine Umweltgruppe, die sich bereits am 2. April mit Fotokameras ausgerüstet durch das Wohngebiet begab. Und was wir da alles entdeckten! Schmutz, Schmierereien, Zerstörung und Ecken, in denen sich kein Mensch wohlfühlen kann. Die Fotos werteten wir bei einer Besprechung aus und überlegten, was wir nun tun können. Als ersten Punkt gestalteten wir gemeinsam mit dem Bürgerzentrum eine Wandzeitung, welche dort noch immer zu sehen ist. Danach riefen wir Kinder unserer Schule zur Müllsammelaktion auf.

Viele waren begeistert. Leider machte uns das heiße Wetter an dem Tag einen Strich durch die Rechnung, so daß nur zehn besonders fleißige und der Hitze trotzend Kinder die Müllsäcke in die Hand nahmen und den ersten Teil des Wohngebietes von Müll befreiten. Auch Herr Müller und Frau Eichstädt, beide Mitbewohner unseres Wohngebietes, packten mit an. Wir räumten den gesamten Park mit den Fußballplätzen auf, den Weg zum Park und den Rückweg vorbei an den Studentenwohnheimen. Oh ja, Müll gab es genug!

Es wäre nun schön, wenn sich an unserer nächsten Aktion noch mehr Leute beteiligen würden. Bis dahin,



die Anti-Olchi-Gruppe

Vergleiche vom Tisch?

Es gibt Leute, die sagen jedem, der sich vom ZWA »abgezockt« fühlt: Du kannst ja meckern, aber zahlen mußt du doch. Widerspruch und Klage bringen nichts, inzwischen sind die Satzungen des ZWA »wasserdicht«, du hast keine Chance. Diese Leute wurden nun eines besseren belehrt. Jeder, der sich hat belatschern lassen und gezahlt hat ohne zu widersprechen, der wird sich jetzt ärgern – zu recht. Ob er aber daraus gelernt hat, das steht dahin.

Es ging nur um die Gebührensatzung des ZWA für die zentrale Abwasserentsorgung. Es kann aber niemand leugnen, daß andere Kalkulationen und Satzungen damit zusammenhängen, etwa die Beitragssatzungen für Erschließungen und Grundstücksanschlüsse. Wenn 10 von 11 Paragraphen nichtig sind, dann sind mehr als 90% nicht in Ordnung. Die Behauptung von RA Kühne, 99% wären in Ordnung, ist kaum einen Lacher wert.

Seit Jahren stagniert die Bearbeitung der Gebührenklagen vor dem Verwaltungsgericht, d.h. im Klartext, daß Rechtsprechung, wie man sie erwarten kann, nicht stattfindet. Wir konnten von Vergleichen lesen. Nun wird es hoffentlich schneller vorangehen, allerdings zu Lasten des ZWA. Vergleiche dürften seit dem 06.06.07 endgültig vom Tisch sein, denn welcher Kläger macht einen Vergleich, wenn er gewinnen kann, gewinnen muß? Daß der ZWA versucht, seine Niederlage klein zu reden, kann man wohl als »normal« werten. Schließlich versucht er seit Jahren, sich den Heiligenschein des rechtmäßig handelnden Verbandes aufzusetzen und verweist stolz auf immer weniger Widersprüche und Klagen – zuletzt im Amtsblatt für die Stadt Eberswalde Nr. 4, 2007.

Ein Rückgang bei den Widersprüchen hat viele Gründe. Einer ist die zögernde Bearbeitung durch ZWA und Verwaltungsgericht, die viele hat müde werden lassen. Korrekte und leistungsgerechte Abrechnung gehören sicher nicht zu den Gründen. Natürlich haben die Leser des Amtsblattes gemerkt, daß die Prozentzahlen recht deftig geschönt wurden. Es kommt nämlich auf das Verhältnis der Zahl der Widerspruchsführer zur Gesamtzahl derjenigen an, die überhaupt widersprechen können, etwa weil sie einen eigenen Anschluß haben. Tausende Mieter können gar nicht widersprechen, weil Anschlußnehmer ihr Vermieter ist. Trotzdem werden sie aber als »angeschlossene« Einwohner gerechnet.

Übrigens: Vermieter widersprechen üblicherweise nicht. Sie legen die Kosten einfach um, ohne kritisch nachzufragen. Wir dürfen nun gespannt sein, wie viele Bürgerinnen und Bürger ihr gutes Recht einklagen und Rückzahlungen verlangen werden. Der ZWA-Vorsteher darf nach vorliegenden Erfahrungen zu recht hoffen, daß die bekannte Trägheit vieler Betroffener ihn erneut mit einem blauen Auge davonkommen läßt.

JOHANNES MADEJA, BKB/Freie Wähler 9

Bürger- statt Bankkredit

Wenige Tage nach dem Gerichtsurteil zu den Rückforderungen von Anschlußbeiträgen des ZWA Eberswalde hatte Bürgermeister Friedhelm Boginski die Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig (DIE LINKE) und Thomas Lunacek (CDU) zu einem Gespräch eingeladen, um mögliche Lösungen zu erörtern.

Allein die Tatsache, daß der Bürgermeister so schnell auf die neue Lage reagierte, ist beachtenswert. Sein Amtsvorgänger war zwar 1995 nach der ersten Welle der Bürgerbewegung gegen hohe Wasser- und Abwasserpreise zum Bürgermeister gewählt worden, hatte jedoch zehn Jahre lang das Aussitzen als einzige Strategie zur Lösung des Abwasserproblems parat. Nunmehr weht also auch auf diesem Gebiet ein neues Lüftchen aus dem Rathaus.

Die Vorschläge des Bürgermeisters, seines Stellvertreters Lutz Landmann, der beiden Landtagsabgeordneten sowie des zur Beratung hinzugezogenen Verbandsvorstehers Wolfgang Hein sind indes nicht neu. Die Aufnahme eines Bankdarlehens zur Auszahlung der Anschlußbeiträge hatte der Landrat schon einmal abgelehnt. Nur deshalb gab es die jetzt vom Gericht kassierte Regelung mit verschiedenen Gebührensätzen. Ob Ihrke diesmal anders entscheidet, nur weil er neuerdings Am Markt residieren darf? Womöglich überzeugt ihn der politische Druck der Landtagsabgeordneten.

Die Aufnahme von Bankkrediten zur Ablösung der Beiträge ist indes keineswegs die beste Lösung. In Form der Zinsen fließen Mittel ab, die der ZWA nur über die Gebühren oder durch Umlagen auf die Mitgliedsgemeinden aufbringen kann – letztlich zahlen die Bürgerinnen und Bürger im Verbandsgebiet, ob sie als Beitragszahler betroffen sind oder nicht.

Es gibt einen weiteren Weg, der möglicherweise auch ohne Nachfrage beim Landrat gangbar ist. Statt sich um Bankdarlehen zu bemühen, könnte der ZWA mit den 2.400 betroffenen Bürgern direkt verhandeln, um die zinslosen de facto Kredite in verzinste Bürgerschuldscheine umzuwandeln. Die Konditionen könnten die gleichen sein, wie sie den Banken gewährt werden müßten. Die Zinserträge dürften somit für die Betroffenen in jedem Fall über den üblichen Sparbuchzinsen liegen.

Um den Bürgern die Umwandlung ihrer Forderungen in Bargeld zu ermöglichen, sollte – vielleicht unter Inanspruchnahme der Sparkasse Barnim als Dienstleister – der eingeschränkte Handel mit den Bürgerschuldscheinen zugelassen werden. Vielleicht gibt es ja Bürgerinnen oder Bürger, die den kommunalen Zweckverband als sichere und regionale Geldanlage ansehen. Für den ZWA ergäben sich gegenüber einem Bankkredit keine Nachteile. Ein nicht zu vernachlässigender Vorteil wäre, daß das Geld in der Region bleibt.

Falls sich eine solche Lösung bewährt, wäre künftig gar die Ablösung weiterer Bankkredite durch Bürgerschuldverschreibungen denkbar.

GERD MARKMANN

Mindestlohn und Sittlichkeit

Das Kreuz mit dem Mindestlohn als Single-Lösung

Es ist ein Kreuz mit den Armutslöhnen: Nicht nur, daß sie sittenwidrig sind, wie auch CDU-Leute eingestehen. Nicht nur, daß der Streit über die Alternative »Mindestlohn« die Politik lähmt, nicht nur daß bis zur nächsten Wahl die Ärmsten in Geiselhaf der Politik verbleiben sollen, nicht nur daß ein Antrag der Linksfraktion seit einem Jahr in einem Bundestagsausschuß schmort, nicht nur daß sich einige Gewerkschafter abstrampeln mit dem Thema »Mindestlohn statt Armutslohn« – es geht nicht vorwärts in der Sache. Die »Sozialistische Zeitung« mit dem Namen »Neues Deutschland« hat am 27. April 2007 dem Generalsekretär der FDP Dirk Niebel und der stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft ver.di Margret Mönig-Raane eine ganze großformatige Druckseite zur Verfügung gestellt zum Thema »Streitfrage: Braucht Deutschland Mindestlöhne?« Die beiden kamen sich nicht nahe.

Wie kann man das Hickhack überwinden? Die Lösung ist noch dadurch erschwert, daß von Armutslöhnen vor allem die Bürger betroffen sind, denen es am schwersten fällt, ihren Widerstand zu organisieren.

Wie immer bei Hick-hack muß eine Grundlage zur Problemlösung gefunden werden, etwas Kreatives. Jede Single-Lösung stößt auf das Problem der Massen-Arbeitslosigkeit. Selbst in der CDU ahnt man, daß Mindestlohn mit etwas anderem kombiniert werden müßte, mit staatlicher Alimentierung, man spricht von »Kombi-Lohn«. Wie wäre es nun, wenn die Linken der CDU eine eigene Kombi-Idee gegenüberstellen würden? Eine gewerkschaftsfreundliche Kombi-Idee? Vielleicht die Kombination aus »Mindestlohn-Strategie« und Strategie »Arbeitsplätze schaffen durch Reduzierung der allgemeinen Arbeitszeit«?

Die Reduzierung der Arbeitszeit funktioniert jahrzehntelang, sie war Gewerkschaftsanliegen bis in die neunziger Jahre, sie hat jahrzehntelang nicht nur die Arbeitslosigkeit niedrig gehalten, sondern den Arbeitenden mehr Freizeit verschafft für ihre Familien und für ihre Bildung. Konzepte mehrerer Autoren liegen auf dem Tisch. (Zum Beispiel in www.thiel-dialektik.de Publikationsfeld 8)

Für alle, die sich »Linke« nennen, kommt noch etwas hinzu: die Spaltung der Lohnabhängigen in Jobbende und Erwerbslose, die gegeneinander existieren und sogar gegeneinander denken. Da müßten bei den Linken die Alarm-Sirenen heulen. Die Linken reden nur von der Schere zwischen Arm und Reich. Warum geht diese Schere immer weiter auf? Ganz einfach: Es fehlt an Widerstand. Die Ärmsten resignieren. Und die noch Jobbenden haben Angst vor Arbeitslosigkeit. So sagen viele: Ich will aber nicht arbeitslos werden, dann muß ich eben, wenn es mein Chef will, pro Woche vier Stunden mehr arbeiten, auch wenn es nicht

bezahlt wird. Nach unterschiedlichen Statistiken sind es ungefähr 10 Millionen Jobbende, die unter dieser Angst leiden. Und wenn sie sagen »Rette sich wer kann« ist das gegen ihre Interessen. Sie rackern immer mehr. Für ihre Familien haben sie immer weniger Zeit.

Die Folge ist: Statt neue Arbeitskräfte einzustellen aus dem Millionenherr der Erwerbslosen, denkt der Chef: »Warum denn Erwerbslose einstellen? Wenn ich will, rackern meine Leute vier Stunden mehr, ich brauche ihnen das nicht mal zu bezahlen.« Und so kommt es, daß Erwerbslose keinen Arbeitsplatz finden, nicht mal in Zeiten der Konjunktur. Viele laufen sich die Hacken wund um einen Arbeitsplatz, aber es gibt für sie keine Arbeitsplätze. Sie sind in ihren Lebensinteressen schwer geschädigt. Das Heer der Erwerbslosen wird nicht wirklich kleiner, die Statistik tut nur so. Und auf Dauer schwindet den Erwerbslosen der Mut, öffentlich auf ihre Not aufmerksam zu machen. Schließlich gewöhnt sich die ganze Gesellschaft daran, daß es acht Millionen Erwerbslose und zehn Millionen Geängstigte gibt, also eine Spaltung der Lohnabhängigen-Klasse, in der ein Drittel aller Bundesbürger direkt und ein Drittel durch die Spaltungs-Folgen indirekt betroffen ist.

Hin und wieder nehmen von Angst Befallene den gewerkschaftlichen Kampf um ihre Arbeitsplätze auf. Aber niemand kann voraussagen, ob es bald mehr oder bald wieder weniger werden. Fänden bald zehn Millionen Gefährdete und Angstbefallene Mut, könnten die meisten Probleme gelöst werden. Aber gerade dieser Mut entsteht nicht von alleine. Gewerkschaftsführungen und Parteilinke klagen, wir können »keine Befehle« erteilen, Mut zu haben. Und weil Gewerkschaftsführungen und Parteilinke immer wieder betonen, sie könnten ja nichts bewegen, bewegt sich natürlich auch nicht viel. Mit ihrer Behauptung zementierten sie die missliche Lage. Es kann sogar noch schlimmer kommen: Immer mehr Menschen verlieren den Mut. Dann gute Nacht. Die Rechten werden es zu nutzen wissen.

Wenn nun die Linken und die Gewerkschaften dem Projekt »Arbeitszeitverkürzung« näher treten würden, dann würden sie sogar – wie der Volksmund sagt – zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Sie bekämen die Kombilösung zur Überwindung der Armutslöhne, und sie bekämen das strategische Mittel, um die zunehmende Spaltung ihrer Klientel, der Lohnabhängigen, rückgängig zu machen. Mit anderen Worten: Sie bekämen gleich zwei Kombi-Lösungen. Viele Details beider Kombi-Lösungen sind längst durchdacht. Unterm Strich sind sie auch nicht komplizierter als die Single-Strategie »Mindestlohn«. Aber mit der Strategie »Doppelte Kombi-Lösung« gäbe es Chancen, die Lohnabhängigen zum Kampf zu ermutigen.

Dr. RAINER THIEL

Das neue Alleen(vernichtungs)konzept

Im Rahmen einer Alleentagung in Münchenberg stellte die Staatssekretärin des Infrastrukturministeriums Dorette König jüngst das neue Konzept »Strategie 21 für die Alleen in Brandenburg« vor. Sie gab an, daß die Brandenburgischen Alleenbestände überaltert und am Ende ihres Lebenszyklus angekommen seien. Wir sind der Auffassung, daß dies sachlich falsch ist. Im Land gibt es sehr viele vitale alte Alleen, einige davon, die sogar mehrere hundert Jahre alt sind. In diesem Zusammenhang ist uns das folgende, gebetsmühlenartig vorgetragene Totschlagargument der Behörden zur Genüge bekannt, wenn Alleebäume weichen sollen: »Die Bäume sind alt und krank und wir haben eine Verkehrssicherungspflicht«.

Im neuen Alleenkonzept begrüßenswert sind Alleeneubegründungen an noch baumfreien Straßen. Sie sollten allerdings besser nicht an stark frequentierten Verkehrswegen erfolgen. Ein ganz übler Plan ist, daß zukünftig weniger der Einzelbaum in den Mittelpunkt gestellt, stattdessen verstärkt ganze Alleenabschnitte neu gepflanzt werden sollen. Übersetzt heißt dies: Alte Alleen mit Lücken werden der Kettensäge geopfert und im ganzen ersetzt. Ein rigoros brutales Vorhaben wird damit in sanfte Worte gehüllt. Eine konsequente Umsetzung der eher im Sinne der Verkehrs- und Baulobby ausgearbeiteten neuen Strategie würde das Aus für viele alte, vitale Alleen bedeuten.

Zudem wird das innerhalb der nächsten 80 Jahre geforderte komplette Auswechseln des Alleenbestandes im Land den naturschutzfachlichen und landschaftskulturellen Zielen nicht gerecht. Denn nicht »streichholzdünne Bäumchen« an den Straßen, sondern die alten stattlichen Alleebäume sind das Markenzeichen Brandenburgs. Aufgrund ihres ökologischen und ästhetischen Wertes sowie mit Blick auf den Klimaschutz sind sie nicht ersetzbar.

Derzeit prüft das Infrastrukturministerium, ob und inwieweit Landesgesetze geändert werden müssen, um diese neue Strategie auch rechtlich zu untermauern. Faktisch geht es darum, den im Jahr 2000 herausgegebenen Alleenrunderlaß »Nachhaltige und verkehrsgerechte Sicherung der Alleen in Brandenburg« aufzuweichen, der Bezug nimmt auf § 31 des Bbg NatSchG »Alleen dürfen nicht beseitigt, zerstört, beschädigt oder sonst erheblich oder nachhaltig beeinträchtigt werden«. Diese Vorgehensweise von Infrastrukturminister Dellmann gleicht einer Kapitulation vor der politischen Realität, weil man seit dem Inkrafttreten dieses Runderlasses nicht mit Lückenpflanzungen nachkommt und die Begutachtung und Pflege alter Alleebäume für den Landesbetrieb Straßenwesen einen erhöhten zeitlichen und finanziellen Aufwand bedeuten. Andererseits zeigt dies auch, daß für den Erhalt unserer wertvollen alten Alleen im Landshaushalt einfach zu wenig Geld eingestellt wird.

Eigentum verpflichtet zu Verantwortung. Dementsprechend liegt es in der Pflicht des Landes, seine alten Alleen als kulturelles Erbe nach bestem Wissen und Gewissen zu hegen und zu pflegen sowie den Einsatz von baumschädlichem Tausalz drastisch zu verringern. Zudem vermischen wir das Engagement, ja den Willen unserer Landespolitiker, im Sinne des regionalen Natur- und Umweltschutzes EU-Fördermittel für den Erhalt dieser einzigartigen Kulturlandschaft effektiv einzuwerben.

Wir fordern, daß entstandene Lücken in den Baumreihen konsequent und zeitnah nachgepflanzt werden, wie dies bereits der besagte Alleenrunderlaß empfiehlt. Nach einigen Jahren würden die jungen Bäume diese Bereiche auffüllen und eine nach optischen Gesichtspunkten harmonische Alleenstruktur erschaffen (Beispiel: Die Roteichenallee in der Breitscheidstraße in Eberswalde wenige hundert Meter vor dem Werner-Forßmann-Krankenhaus). Die im Konzept angestrebte ausgeglichene Altersstruktur, die man bei der Begründung neuer Alleenabschnitte durch gleichaltrige Jungbäume erreichen will, ist ohnehin eine rein theoretische Überlegung fachfremder Schreibtischtäter. In den Jahrzehnten des Auf-

wachsens einer Allee wird es immer wieder Baumausfälle geben, die ersetzt werden müssen. Die Anzahl solcher Ausfälle wird in Zukunft wahrscheinlich eher zunehmen, weil u.a. die klimatischen Bedingungen in Brandenburg extremer werden (z.B. stärkere und längere sommerliche Trockenperioden). Auch hier wäre das neue Alleenkonzept gefordert, richtungweisend konkrete Antworten zu geben. Etliche Fragen sind noch offen, z.B. mit welchen Baumarten, mit welchem Abstand zum Fahrbahnrand und an welchen Straßen auf sinnvolle Weise neue Alleen begründet werden könnten.

Fazit: Das neue Brandenburgische Alleenkonzept ist unausgereift und muß grundlegend überarbeitet werden. Doch im Juli soll es bereits dem Kabinett vorgestellt und im September in den Landtag gehen. Daher ist Eile geboten. Alle Baum- und Alleenexperten, die Vertreter der Naturschutzverbände als auch die Entscheidungsträger im Umweltministerium sind jetzt dringend aufgerufen, in einer konzentrierten Aktion ihren Sachverstand einzubringen und Änderungen einzufordern!

Dr. ELVIRA KIRSCHSTEIN und Dr. ANDREAS STEINER, Barnimer Baumschutzstammtisch



Wird dies die Zukunft alter Brandenburger Alleen sein?

Kettensägenpolitik geht weiter

Lichterfelde (bbp). Die Politik der Kettensägen im Landkreis Barnim wird unvermindert fortgesetzt. So an der Messingwerkstraße gegenüber der Lichterfelder Seniorenresidenz, wo kürzlich bei drei stattlichen Bäumen die Kronen vollständig entfernt worden sind. Der daraufhin befragte Eckhard Schwitalski, Verantwortlicher vom Landesbetrieb Straßenwesen in Eberswalde, holte wiederum das Totschlagargument der Verkehrssicherungspflicht heraus. Alles sei mit der Unteren Naturschutzbehörde abgesprochen. »Im Übrigen«, so sagte er, »werden die beiden Baumreihen links und rechts der Messingwerkstraße sowieso bald gefällt und durch neue Bäume ersetzt«. Johannes Madeja (Vorsitzender des Umweltausschusses im Barnimer Kreistag) will den Fall in der Juli-Sitzung des Ausschusses behandeln. Inzwischen hat Dr. Andreas Steiner den Fall bei der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim angezeigt. »Die Bäume waren vital und hatten eine stabile Kronenstruktur«, stellt Dr. Steiner fest. »Eine Brüchigkeit der gesamten Krone war keinesfalls gegeben. Nach meinem Kenntnisstand ging vom Astwerk der beiden Bäume also keine unmittelbare Verkehrsgefährdung aus.« Die vollständige Kappung der Kronen sei unverhältnismäßig und stelle eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 4 der Baumschutzverordnung dar. »Verschärfend kommt hinzu, daß durch die vollständige Entfernung der Kronen gerade innerhalb der Vegetationsperiode ein Schaden im Sinne des Naturschutzes entstanden ist.«

Von den Zwecken einer Ausstellung

von Rolf Richter

Der erste Teil des Artikels (BPP 6/2007) befaßte sich mit der Ausstellung »Antisemitismus in der DDR« der Antonio-Amadeu-Stiftung, die im Mai im Eberswalder Museum zu sehen war, und den Methoden ihrer Autoren.

Zu diesen Methoden gehört es, jede Kritik an den Maßnahmen des Staates Israel ohne weitere Analyse als antisemitisch zu werten. Polemische Vergleiche aggressiven Vorgehens oder der Besatzungspolitik Israels mit Hitler oder Nazideutschlands in der Presse sind sicher kritikwürdig, aber antisemitisch? Die historisch wenig beschlagenen Autorinnen wissen wohl nicht einmal, daß solche Vergleiche 1956 so ausgiebig wie unzutreffend von Westdeutschen und Briten für den ägyptischen Staatschef benutzt wurden (Nasser, der Hitler am Nil)! Daß Sadam Hussein mit dem gleichen Etikett gestraft wurde, sollten sie wissen, sie verschweigen es. Das Wort »Blitzkrieg« (mittlerweile fast ein militärstrategischer Fachbegriff) in Anwendung auf israelische Militärfaktionen (Sechstagekrieg, Libanonkrieg) ist natürlich auch kein Beleg für Antisemitismus.

Wesentlicher als solche Verfälschungen ist das Weglassen wichtiger Fakten und Zusammenhänge. So wurde z.B. der ZK-Beschluß, nur Palästinensergruppen zu unterstützen, die die Existenz Israels nicht in Frage stellen und keinen Terror gegen Zivilisten richten, verschwiegen. Das hat ausgerechnet Thomas Haury, der selbst dem Ausstellungsbeirat angehört, bei seinem Auftritt in Eberswalde kritisch vermerkt. Haury bemängelte auch das Fortlassen wichtiger historischer Zusammenhänge.

Publizistik zum Ausstellungsthema

Eine Übersicht über die dazu seit etwa 1988 erschienenen Arbeiten gibt Peter Ullrich. /1/ Dessen Literaturbericht mit dem verfälschenden Titel-Begriff »Nationaler Kommunismus« und dem anspruchsvollen Untertitel »Bilanzierungsversuch« trägt referierenden Charakter und akzeptiert die moderateren Versionen der Antisemitismusfälschung, ohne sich mit offensichtlichen Fehlern und Einseitigkeiten auseinanderzusetzen. Eine Diskussion der dort dargestellten DDR-feindlichen, Antisemitismus suggerierenden Positionen ist hier aus Platzgründen nicht möglich. Die dort referierte Position von Th. Haury (Universität Freiburg), der für die Stiftung arbeitet und agitiert, sei besonders erwähnt, weil er eine krude Konstruktion von drei Kriterien vertritt (Personifizierung, Manichäismus, (Re-)Konstruktion identitärer Kollektive), die geeignet sei, Antisemitismus bei Neonazis und Kommunisten »nachzuweisen«. /2/ Eine Sammelpublikation mit dem erhellenden Untertitel »Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland« enthält Beiträge von Anetta Kahane und Heike Radvan. /3/

Eine kurze Internet-Publikation »Was ist Antisemitismus« mit Glossar-Charakter /4/ gibt Definitionen aus Sicht der Ausstellungsmacher, wobei die spezielle Kreation »Antisemitisch konnotierter Antizionismus« (Antisemitismus nach Auschwitz, sekundärer Antisemitismus) aus Sicht der Autoren geeignet ist, die Positionen der DDR und der Linken überhaupt (»Antisemitismus von links«) antisemitisch umzufärben (»Er beinhaltet oft eine geschichtvergesene Verteilung Israels und des Zionismus«). Für Gegenpositionen auf Teilgebieten seien wenigstens genannt, die Arbeit von Matthias Krauß über die Darstellung der Judenverfolgung im DDR-Literaturunterricht und »Quo vadis, Israel?«, das Buch einer jüdischen Juristin über die Okkupationspolitik Israels, das die Kahane-Leute nach ihren »Kriterien« eigentlich als antisemitisch einstufen müßten. /5/ Der angesehene Historiker Wolfgang Benz hat sich kürzlich in RBB-Infotexten von der Konstruktion eines »Antifaschismus von links« deutlich distanziert. /6/

Die Ausstellungsautoren selbst vertreten in öffentlichen Auftritten und Interviews u.a. folgende Thesen: a) Die Erinnerung an die Opfer des Holocaust sei verdrängt, marginalisiert worden (Kahane: »...die schlimmste Form von Antisemitismus oder von Haß ist sozusagen, ein totales Tabu zu verhängen, und die Opfer vollkommen zu vergessen«); b) die marxistische Faschismustheorie mit ihrer Betonung des Ökonomischen vernachlässige die Bedeutung des Antisemitismus (wobei diese Faschismusauffassung aber verballhornt wird); c) das Verschweigen antisemitischer Vorfälle in der DDR sei (Teil-)Ursache des neofaschistischen Booms im Osten nach 1990. /7/ Als Zielstellung für die Ausstellung formuliert ein Internet-Aufsatz der Stiftung: »eine Legende zu widerlegen ... die Legende von einer antifaschistischen DDR, frei von Rechtsextremismus und Antisemitismus«. /8/ Das zielt einerseits auf die Demontage des antifaschistischen Anspruchs der DDR, andererseits auf die Verdächtigung jeglicher Kritik am israelischen expansiven Nationalismus.

Antisemitismusforschung als Beitrag zur »Aufarbeitung der SED-Diktatur«, Stiftungen und Sponsoren.

Das Ausstellungsthema nimmt einen wichtigen Platz in Publizistik und universitärer Forschung ein. Hier kann keine Übersicht über das Geflecht der damit befaßten Institutionen gegeben werden. Ich beschränke mich anlaßbezogen auf Angaben zur genannten Ausstellung.

– Amadeu-Antonio-Stiftung (Träger der Antisemitismus-Ausstellung). Gegründet 1998. Aufgabe der Stiftung war ursprünglich der Kampf gegen Rechtsextremismus vor allem un-

ter der Jugend (daher Kooperation mit Schulen und Einrichtungen der Jugendarbeit). Seit 2003 nach eigenen Angaben »neue Aufgaben« bei CIVITAS u. »Fundraising« zur Absicherung weiterer Arbeit (offenbar nun integriert in das Netz zur »Aufarbeitung der SED-Diktatur«). Die Stiftung ist seitdem an der Aufarbeitung der DDR-Geschichte beteiligt mit besonderem Schwerpunkt der Umdefinition des Antizionismus/Antiimperialismus in Antisemitismus als erstrangiges Mittel zur Zerstörung des antifaschistischen Nimbus der DDR. Sie verfügt allerdings nicht über dazu qualifizierte Kräfte und greift daher auf Partner zurück. /9/ – Kooperation u.a. mit dem Magazin Stern (Internetplattform www.mut-gegen-rechte-gewalt.de, auch von der Stiftung genutzt), für die laufende Ausstellung ferner mit der BStU (»Birthler-Behörde«) und mit der – Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (1998 gegründet) als Drehscheibe zur universitären Forschung und als Geldquelle. /10/

/1/ Ullrich, Peter, Nationaler Kommunismus nach Auschwitz – die DDR und die Jüdinnen und Juden. In: UTOPIE kreativ 2007, H. 199, S. 455 ff.

/2/ Haury, Thomas, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der DDR. Hamburger Edition. 2002. – Personifizierung meint die Denunzierung persönlich Verantwortlicher für gesellschaftliche Gebrechen (»Die Juden«). Solches erkennt Haury auch bei Linken (Die – jüdischen – Kapitalisten).

/3/ Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher (Hrsg. Zentrum für Demokratische Kultur der RAA Berlin), Leipzig 2004. Darin: Heike Radvan, Antisemitismus, Antizionismus und »verordneter Antifaschismus« in der DDR.

/4/ Was ist Antisemitismus, www.projekte-gegen-antisemitismus.de.

/5/ Krauß, Matthias, Völkermord statt Holocaust. Anderbeck 2007; Felicia Langer, Quo vadis, Israel? Die neue Intifada der Palästinenser. Göttingen 2001.

/6/ Interview in der Sendungsreihe »Druck und Blog« von Oliver Rehlinger am 23.6.07. – Benz ist Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin. Nach ihm gehört Antisemitismus zur Ideologie der Rechten. Für entsprechende Denkmuster von links sieht er keine überzeugenden Belege.

/7/ Kahane, Anetta, Interview mit dem RBB, »Das Schlimmste ist Verschweigen«, 2005 (www.projekte-gegen-antisemitismus.de), im übrigen siehe die von der Stiftung zusammengestellten Pressestimmen, a.a.O.

/8/ Schwab, J. u. Radtke, Sarah, Die Mauer des Schweigens durchbrechen. www.amadeu-antonio-stiftung.de.

/9/ Startkapital stammt von Karl Konrad Graf von der Groeben und seiner Karl-und-Ria-von-der-Groeben-Stiftung. Als weitere Geldgeber werden u.a. genannt R. E. Breuer (Deutsche Bank), Freudenberg-Stiftung Weinheim, J. Grabosch (Brainpool AG Köln), Gerda Koepff (Heinrich-Stoess-Stiftung Weinheim), G. Schulte-Hillen (Gruner+Jahr, Hamburg), GTZ Eschborn, Igel Media Berlin, Thomas Middelhoff (Bertelsmann AG, Gütersloh). Weitere Zuwendungen vom Bundesfamilienministerium über das 2001 begonnene Programm CIVITAS (Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern) und von der Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg.

/10/ Im Stiftungsrat (Vorsitz Markus Meckel) Vertreter der Bundestagsparteien (außer Linkspartei.PDS), unter den weiteren »besonders engagierten und qualifizierten« Mitgliedern. Siehe www.stiftung-aufarbeitung.de.

Zu den Energiepreiserhöhungen ab 1. August 2007:

Abzocke nach dem Anteilverkauf

Eine Information der Interessengemeinschaft Mieter

Aus der Presse und mit direkten Schreiben der Stadtwerke an ihre Kunden sind diese über Vertragsänderungen wegen neuer Gesetze und nebenbei über bevorstehende Energiepreiserhöhungen zum 1. August 2007 informiert worden. Die Stadtwerke Eberswalde erhöhen z.B. ihre Strompreise um Netto 1,6 ct/kWh in der Grundversorgung und weisen darauf hin, daß beim Strom die gestiegenen Bezugsaufwendungen für die Strombeschaffung Schuld seien. Einen Nachweis dafür bleiben die Stadtwerke ihren Kunden schuldig.

Bis zum 31. Juli kann man den Veränderungen schriftlich widersprechen, wenn man damit nicht einverstanden sein sollte. Jeder muß sich nun überlegen, ob er von dieser Möglichkeit gebrauch macht. Die Erhöhung erscheint aufs erste relativ moderat, kostet den Kunden aber selbst bei einem geringen Stromverbrauch von 2000 kWh/Jahr 38 Euro im Jahr Brutto. Ab dem 1. Juli 2007 hat der Gesetzgeber die staatliche Preisaufsicht für die Grundversorgungstarife abgeschafft und sofort schlagen die Energiemultis zu und zocken ihre Kunden ab. Sie werden sich für diesen Freibrief bei ihrer Lobby im Bundestag und bei Herrn Glos bestimmt gebührend bedanken. Angeschmiert sind wieder einmal die Endverbraucher, die die Kröte nun schlucken sollen, oder auch nicht?

Die Stadtwerke Eberswalde sind ja bekannterweise durch die dubiosen Anteilsverkäufe nur noch dem Namen nach Stadtwerke. Sie sind zum direkten Draht ihrer Eigner EWE und EON-e.dis zu den Endabnehmern geworden.

Nichts da mit den versprochenen günstigeren Konditionen und geringeren Energiepreisen für die Eberswalder, Herr Kikow! Für diejenigen, die Herrn Kikow nicht kennen sollten. Herr Kikow war als Fraktionsvorsitzender der SPD Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung bis zum Anteilsverkauf der ersten 25 Prozent Anteilsratsvorsitzender der Stadtwerke und danach bis zum Verkauf der letzten 26 Prozent stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender. Bei den nächsten Kommunalwahlen sollten sich die Wähler erinnern!

Eigenartig ist, daß die EON-e.dis AG vorerst nicht an der Preisschraube drehen will (MOZ 14.06.07) Wie kann es da sein, daß die Strombezugskosten für die Stadtwerke steigen sollen? Beziehen die Stadtwerke ihren Strom doch von dort. Während sich der Hessische Wirtschaftsminister Alois Rhiel weiterhin dafür einsetzt, daß das Kartellrecht verschärft wird, hält sich der brandenburgische Minister Junghanns aus der Sache heraus. Haben wir Brandenburger es etwa so dicke, daß wir uns das leisten können?

Die neueste Ausgabe der »Energiedepesche«, einer Zeitung des Bundes der Energieverbraucher, hat für ihre Mitglieder und Leser einige Informationen parat. So wird unter anderem

zum Strompreis festgestellt, daß die derzeitigen Strompreise für Haushaltskunden um mindestens 5 ct/kWh zu hoch seien. Das bringe den Energieversorgern jährlich Gewinne von 10-20 Milliarden Euro. Im Januar 2007 lagen die Strompreise bei 21 ct/kWh Brutto, Industriekunden würden nur 8,5-13 ct/kWh zahlen (Quelle: Energy Advice). Allgemein sind die Tarife bei Strom und Gas so aufgestellt, daß die Vielverbraucher durch geringere kWh-Preise belohnt werden und die Wenigverbraucher durch hohe Tarife bestraft werden. Sie subventionieren damit aber direkt die Vielverbraucher! Professor Christian von Hirschhausen von der TU-Dresden stellt fest, daß die Stromriesen ihre Marktmacht ausnutzen. Die Preise an der Leipziger Strombörse hätten im ersten Halbjahr 2006 fast 25 Prozent höher als in einem funktionierenden Wettbewerb gelegen. London Economics stellt fest, daß außerdem Erzeugungskapazitäten zurück gehalten würden und damit die Preise zusätzlich in die Höhe getrieben werden.



Soviel zum Standpunkt der Energieverbraucher. Das die Multis dazu eine völlig andere Auffassung haben ist angesichts ihrer Milliardengewinne verständlich. Haben die Politiker immer noch nicht erkannt, daß hohe Energiepreise das Wirtschaftswachstum bremsen? Denn jeder Euro kann bekannterweise nur einmal ausgegeben werden.

Was können die Verbraucher nun aber tun, um sich zu wehren, wenn ihnen die Politiker nicht helfen können oder nicht wollen? Nach wie vor bleibt die Möglichkeit des Widerspruches gemäß § 315 BGB mit dem Verlangen des Nachweises der Billigkeit der Preiserhöhung für die Tarifkunden bestehen.

Sicher wird auch der Verbraucherschutz auf die jüngsten Preissteigerungen reagieren und Empfehlungen für Widersprüche aufgrund der neuen Gegebenheiten geben. Auch die Bürgerbewegung Kommunalabgaben Barnim hat sich den Widerstand gegen überhöhte Energiepreise auf ihre Fahne geschrieben und wird in ihren Sprechstunden Hinweise geben. Diese Hinweise sind ausdrücklich keine Rechtsberatung!

BERND POMRAENKE

AG Neue Linke Barnim

Am 8. Juni traf sich die Arbeitsgruppe zum vorerst letzten Mal, wieder in Biesenthal. Anwesend waren Marcel Arnold, Günter Klau, Helmut Steinbach und Heinz Schäfer. Entschuldigt war Rainer Heenemann. Harald Schuster ist aus unseren beiden Parteien ausgetreten und damit auch aus der Arbeitsgruppe ausgeschieden.

Zunächst haben wir eine positive Bilanz gezogen – wir kamen zehnmal seit dem Beschluß des Kreisparteitages der Linkspartei.PDS vom März 2006 zusammen und haben uns im wesentlichen mit den verschiedenen Entwürfen der Gründungsdokumente der neuen Linkspartei bzw. mit programmatischen Entwürfen/Dokumenten aus den Reihen der Linkspartei.PDS bzw. der WASG befaßt. Zwei Diskussionshinweise sind den BO empfohlen worden. Für die »Offenen Worte« März und April 2007 haben wir mehrere Artikel verfaßt, die der inhaltlichen Vorbereitung aller Mitglieder der Linkspartei.PDS auf die Urabstimmung April/Mai dienen sollten. Besondere Verdienste hat sich dabei Helmut Steinbach erworben. Eine direkte Stellungnahme zu unseren Ausarbeitungen ist uns nicht bekannt, wir glauben jedoch an eine insgesamt positive Reaktion der Genossinnen und Genossen.

Wir sind der Auffassung, damit unseren Auftrag vom Kreisparteitag ordentlich erfüllt zu haben. Es hat z.B. auch einen Link unserer Arbeitsgruppe auf unserer Kreisseite der Linkspartei.PDS im Internet gegeben. Wir bitten den Kreisvorstand, darüber nachzudenken, ob auf unserer konstituierenden Mitgliederversammlung der neuen Partei DIE LINKE im Kreisverband Barnim Ende Oktober 2007 ein Beschlußvorschlag zur Abstimmung gestellt werden kann, unsere Arbeitsgemeinschaft nicht aufzulösen, sondern für sie gleich oder später neue Aufgaben zu formulieren.

Dr. HEINZ SCHÄFER

Mühlentreff

Eberswalde (mühle). Pünktlich zum Mühlentreffen im Eberswalder Weinkontor am 31. Mai traf auch das bauliche Gutachten zum Gebäude der Zainhammer Mühle beim Mühlenverein ein. Das Gebäude bleibt weiterhin gesperrt. Das Gutachten sieht einen erheblichen Sanierungsbedarf, selbst nur zur Erlangung der Standsicherheit, vor. Bevor der Mühlenverein tätig werden kann, muß sich die Erbgemeinschaft positionieren. Das Vereinsleben geht dessen ungeachtet weiter.

Die Holzwerkstatt ist vorübergehend beim Bildungsverein Buckow untergebracht. Dazu wurde eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Am 16. Juni beteiligte sich der Mühlenverein an der dortigen »Landpartie«. Auch am Flößerfest in Finowfurt am 30. Juni/1. Juli will sich der Verein beteiligen. Beim nächsten Mühlentreff wird es u.a. um den Eberswalder Stadtlauf am 2. September gehen.

Der Moderator von RBB-Inforadio, der die diversen Festveranstaltungen anzukündigen hatte, wußte mit dem Ereignis freilich nichts anzufangen. Die Gegend hätte auch früher schon den Deutschen gehört, meinte er. Von Deutschen spricht man ab etwa 850 unter den Karolingern. Markgraf Albrecht habe dann, behauptete der Journalist, eine »germanische Siedlung« gegründet. Das ist erstaunlich; die Germanen müssen tiefgefrosten gewesen sein, denn zu Albrechts Zeiten gab es ja sonst keine Germanen mehr (siehe oben). Angesichts solcher historischen Unkenntnis greife ich auf meine Schulkenntnisse zurück. Denn ich habe seinerzeit die Heldengestalt Albrechts noch gebührend bewundern gelernt.

Meine Schulzeit begann in jener glorreichen Periode deutscher Geschichte, als das Großdeutsche Reich unaufhaltsam den Endsieg hinunterging. Damals lernte ich, daß jene Deutschen, die sich zwischen 1000 und 1200 in Niedersachsen und im Rheinland aufmachten, um jenseits der Elbe das Ossiland zu erobern, eigentlich nur die Grundstücke zurückforderten, die einige Jahrhunderte früher ihren germanischen Vorfahren gehört hatten. Diese hatten dazumal etwas leichtfertig ihre Wohnsitze aufgegeben, um sich in den Wohlstandsgeländen beiderseits des Rheins niederzulassen (sie waren also nach heutigen Begriffen Wirtschaftsflüchtlinge). Als ihre Nachfahren nun zurückkehrten, fanden sie im heruntergewirtschafteten Ossiland allerdings andere Besitzer vor, die das Feld nicht freiwillig räumten und – da es damals noch keinen Einigungsvertrag gab – ihre Bedränger kurzerhand und gründlich wieder hinauswarfen. Danach hatten sie eine Weile Ruhe. Allerdings gibt ein Deutscher nicht so schnell auf, wenn irgendwo etwas zu holen ist, zumal, wenn er einen Rechtsstaat in seinem Rücken weiß. So wurden also kooperationsbereite Bezirkshäuptlinge des alten, slawischen Regimes bestochen. Die störrischsten Funktionäre der Slawen wurden aus dem Wege geräumt, indem man sie zu einem Gastmahl lud und dabei wenig gastfreundlich umbrachte. Umtriebige deutsche Adlige versuchten sich

850 Jahre Brandenburg (Geschichte für Anfänger):

Wie das Ossiland erobert wurde

Der tourismustüchtigen Brandenburger CDU-Oberbürgermeisterin und den »nationalen Kräften« in ihrer Partei ist gerade noch rechtzeitig ein eventträchtiges Geschichtsdatum eingefallen. Die Rückeroberung der Burg Brandenburg im Juni 1157 durch Albrecht den Bären wird als »Gründung« der Mark Brandenburg zelebriert und somit erstmals wieder die gewaltsame Eroberung fremden Gebietes durch Deutsche gefeiert.

mit Waffengewalt auf Kosten der Slawen zu bereichern. Der Askanier Albrecht (genannt der Bär) eroberte so zunächst die Prignitz, aber Ossiland bot noch ganz andere Möglichkeiten. Der Bezirkschef von Osthavelland namens Pribislaw, der auf der Brandenburg residierte, war zur christlichen Religion der Eroberer übergetreten und nannte sich fortan gut deutsch Heinrich. Wem dabei Goethes Faust einfällt, der liegt gar nicht so daneben: »Nun sag: wie hast Du's mit der Religion? ...Heinrich! Mir grauts vor Dir.« Heute hätte man ihn vielleicht einen Wendehals genannt. Glaube und Volk hin oder her – Pribislaw hatte eben das Kräfteverhältnis nüchtern eingeschätzt, sicherte sich seinen Posten und setzte, da selbst kinderlos, Albrecht als seinen Erben ein. Albrecht, Eroberer und Intrigant zugleich, erwarb so sehr einfach Rechtsansprüche auf Teile Brandenburgs, mußte aber dennoch erst slawische Konkurrenten gewaltsam aus dem Felde schlagen, die diese Erbschleicherei nicht ohne Widerstand hinnahmen. Was nun folgte, liest sich in meines Vaters Schulbuch (1907) so: »Mit kräftiger Hand breitete Markgraf Albrecht Christentum und Deutschtum aus ...Schwert, Kreuz und Pflug [eroberten] Brandenburg für Deutschland.«

Nachdem nämlich solcherart die Machtverhältnisse im Ossiland geklärt waren, wurde die freiheitlich-feudale Grundordnung eingeführt, d.h. die lukrativsten Grundstücke wurden rückübertragen. Das geschah systematisch und bis ins kleinste organisiert. Die Ansiedler, die aus den alten Ländern kamen, um sich im Beitrittsgebiet niederzulassen, konnten auf den erhaltenen Ländereien für einige Jahre steuerfrei wirtschaften (eine Vergünstigung, die man etwa mit Buschzulage plus Trennungsgeld ver-

gleichen kann), während die ursprünglichen Landesbewohner kräftig Abgaben zu leisten hatten. Die Organisation der Ansiedlungen war Aufgabe von Gründungskomitees, die Grundherren, Bürgermeister und Richter einsetzten und die Grundstücke verteilten. Die neuen Siedler brachten die Rechtsordnung ihrer ehemaligen Heimat mit, die sich auch in den neuen Ländern bestens bewährte – für die neuen Herren natürlich. Zu den ersten Vorposten der Siedler gehörten deutsche Kaufleute, die in kürzester Zeit den Handel auf sämtlichen östlichen Märkten in der Hand hatten.

Die restlichen Osis resignierten schließlich. Sie durften im Lande wohnen bleiben. Man beließ ihnen sogar die weniger begehrten Parzellen und kleinen Orte. Auf Grund ihrer minderwertigen Qualifikationen waren sie zumeist in untergeordneten Berufen tätig. Zu den angesehenen und einträglichen Posten aber wurden sie vielfach nicht zugelassen. Da es damals noch keine Birthler-Behörde gab, hielt man sie von solchen Pfründen fern, indem man den Nachweis der deutschen Geburt verlangte, den sie natürlich nicht erbringen konnten. In den Städten wohnten sie abseits in kleinen Gäßchen an den Stadtmauern oder in den Vorstädten. Sie galten als störrisch und dickköpfig und hielten hartnäckig an ihrem schwer verständlichen Dialekt fest.

Nachdem das Ossiland besiedelt war, zogen die deutschen Kaufleute, die deutschen Mönche und Ritter, die deutschen Kolonisten weiter – nach Polen, ins Baltikum, nach Rußland. Die Eroberung des Ossilandes erwies sich als Vorstufe zur Ausdehnung des deutschen Machtbereiches bis nach Danzig und Riga.

ROLF RICHTER

Naturferiencamp des BSIJ

Der Bund zum Schutz der Interessen der Jugend e.V. (BSIJ e.V.) veranstaltet vom 22. bis 28. Juli 2007 ein Naturferiencamp im Müritznationalpark. Eingeladen sind alle abenteuerlustigen Kinder und Jugendlichen zwischen 11 und 13 Jahren aus dem Landkreis Barnim. Auf dem Programm stehen unter anderem eine Kanutour auf den Havelseen von Kratzeburg nach Wesenberg, das Leben in Zeltcamps, Survival-Training, mit Karte und Kompass umgehen lernen, Schnitzeljagd, Nachtwanderung, Baden und natürlich viele Spiele die Spaß machen. Der Teilnahmebeitrag liegt bei 150 Euro, darin enthalten sind Anreise, Unterkunft, Verpflegung, Betreuung, Versicherung und Programmkosten.

ANNA-MARIA KULICKE, BSIJ e.V. Eberswalde

Bernauer Montagmalerinnen

Was haben Zahnstocher, Strohhalme und Zahnbürsten mit der Aquarellmalerei gemein? Dies erfuhren die Gäste, als Dr. Dagmar Enkelmann am 25. Mai im Bernauer Bürgerzentrum der Linken eine etwas ungewöhnliche Ausstellung eröffnete: *Die Bernauer Montagmalerinnen*. Acht Frauen aus dem gesamten Barnim treffen sich seit einem dreiviertel Jahr immer am Montagnachmittag, um unter der Leitung der Malerin Ruth Fabig ihre Fertigkeiten in der Aquarellmalerei auszubauen oder auch neu zu erlernen. Entstanden sind dabei wunderschöne Landschaften und Blumenarrangements, bei denen man nur schwer unterscheiden kann, ob die Künstlerin ganz neu angefangen hat zu malen, oder ob sie ihren Erfahrungsschatz einfach

nur erweitern wollte. Dabei ist es interessant zu beobachten, wie aus einer eben entstandenen Skizze das fertige Aquarell entsteht. Und spannend wird es dann, wenn die erwähnten Hilfsmittel zum Einsatz kommen – man könnte sich beim Zuschauen leicht in die Kindheit zurückversetzt fühlen, wenn bestimmte Effekte mit dem Strohalm gepustet und mit der Zahnbürste gespritzt werden oder auch durch Zahnstocher ganz zarte Linien entstehen. Man könnte. Man könnte aber auch einfach mitmachen. Wer erst einmal nur schauen möchte, kann dies noch bis zum 10. Juli immer Mo, Die, Do, Fr in der Zeit von 9 bis 17 Uhr im Bürgerzentrum der LINKEN, Berliner Str. 17 in Bernaue.

BÄRBEL MIERAU

Antwort von Kreisdezentern Carsten Bockhardt auf die Obus-Resolution der StVV Eberswalde:

Funktion als Imageträger bleibt unbeachtet

Eberswalde (bbp). Im April hatte sich die StVV Eberswalde mit einer Resolution zum Erhalt des Obusses in Eberswalde an Landrat Bodo Ihrke und den Vorsitzenden des Kreistages Winfried Bender gewandt. Bei dem vom Kreistag in Auftrag gegebenen Gutachten zur Bewertung der Effizienz des Obusverkehrs, so die Forderung der Stadtverordneten, müssten auch ökologische Aussagen getroffen werden. Bereits 1989 hieß es im Heimatkalender des Kreises Eberswalde: »Für den Nachweis der Umweltfreundlichkeit des Obusses gegenüber dem KOM wurde für den Einsatz in dem Stadtteil 'Max Reimann' die Vermeidung von Schadstoffemissionswerten in Höhe von 7z.453 kg Schadstoffen pro Jahr errechnet (2.330 kg Kohlenmonoxid, 815 kg Kohlenwasserstoffe, 3.493 kg Stickoxide, 815 kg Schwefeldioxid).« Inzwischen habe sich die Technik weiterentwickelt, weshalb neue Zahlen zu ermitteln und im Gutachten darzustellen sind.

Der nachweisbare weltweite Trend zum Einsatz von Obussen ist eine Reaktion auf die

Auswirkungen der Schad- bzw. Feinstaubbelastungen, heißt es in der Resolution, bevor nochmals aus dem Heimatkalender von 1989 zitiert wird: »Auch als Ende der 70er Jahre der Obusbetrieb in fast allen Städten der Republik zum Erliegen kam, setzten sich verantwortungsbewußte Wirtschaftsfunktionäre erfolgreich für die Weiterführung, ja sogar für die Erweiterung des umweltfreundlichen Obusbetriebes in unserer Stadt ein.«

Erkenntnisse, die in Zeiten von Mangelwirtschaft bedeutsam waren, so die Resolution, seien vor dem Hintergrund von gegenwärtig völlig überhöhten Schad- bzw. Feinstaubbelastungen umso mehr zu beachten.

Desweiteren wird in der Resolution darauf hingewiesen, daß es sich beim Obus um ein für die Ausstrahlung der Stadt bedeutsames Alleinstellungsmerkmal Eberswaldes handele. »Wir bitten Sie, diese stadthistorisch bedeutsamen und die bereits ausgeführten ökologischen Aspekte in Ihre Entscheidungen einfließen zu lassen.« Die Resolution wurde von allen sechs Fraktionsvorsitzenden unterzeichnet.



Am 23. Mai ging ein Antwortschreiben vom stellvertretenden Landrat Carsten Bockhardt bei der Stadt ein. Darin versichert Bockhardt, »daß die Aufgabenbeschreibung des vom Landkreis beauftragten Gutachtens sehr wohl eine Ermittlung und Bewertung von umweltschutzbezogenen Aspekten beinhaltet.« Über die Ergebnisse des Gutachtens werde die Stadt Eberswalde »selbsterständlich informiert.« Auf die Bedeutung des Obusses als Alleinstellungsmerkmal Eberswaldes ging Bockhardt nicht ein.

Kann kopieren Sünde sein?

Nach Auffassung der Musik- und Softwareindustrie kann es das sehr wohl. Und zwar wegen des gewaltigen Schadens in Milliardenhöhe, den diese Branchen ständig wegen Kopierpiraten beinahe jeden Alters zu erleiden vorgeben. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, daß mindestens die Hälfte aller Entlassungen in der Branche auf das unverschämte Raubkopierertum zurückzuführen wären. Dieser Eindruck scheint in Deutschland besonders bei Anwälten und Richtern recht verbreitet zu sein. Da ist es nur verständlich, wenn sich die Behörden endlich einmal gründlich mit der Schadensbegutachtung beschäftigen.

Der US-Bundesrechnungshof Government Accountability Office legte nun amtliche Zahlen in ihrem Bericht über »Intellectual Property« und »U.S. Customs and Border Protection« vor. Demnach haben die US-Zollbehörden bei gerade einmal 0,06% aller Stichproben in Sachen Verletzung von Leistungsschutz-, Urheber- und Markenrechten – also in 6 von 10.000 Fällen – Verletzungen der oben genannten geistigen Verwertungsrechte festgestellt. Wir dürfen wohl davon ausgehen, daß die Anzahl der Stichproben hinreichend groß war, um statistisch brauchbare Aussagen daraus abzuleiten. Vom Warenwert her entfiel auf Vergehen gegen geistige Eigentumsrechte sogar nur der Anteil von 0,02%, also lächerliche 2 Cents je 1.000 Dollar Warenverkehr. Ich denke, wir Leser können die Bedeutung solcher Schäden auf die Weltwirtschaft und unsere Arbeitsplätze durchaus richtig einschätzen, auch ohne dafür Betriebswirtschaft studiert zu haben.

Die angeblichen Milliarden Schäden beziehen sich also nur auf den unterstellten entgangenen (also hoch spekulativen) Umsatz der Kopierberaubten durch weltweit ja legale Privatkopien, nicht aber auf kommerziell betriebenen Schmuggel gestohlenen geistigen Eigentums. Die ganze Piratenpanik diene also nur der Absicherung von Märkten (Kartellen), nicht aber dem freien Wettbewerb oder den Interessen der Allgemeinheit! Trotzdem wird immer schärfer gegen Kopierpiraten vorgegangen, werden weltweit Gesetze zum Schutz geistigen Eigentums verschärft und Anwaltskanzleien auf unerlaubtes Benutzen von Firmenlogos und -farben angesetzt. Es gibt in Deutschland nur noch eine Süßwarenbutte, die lila Verpackungen verwenden darf. Sie ahnen, wer sich diese Farbe patentieren ließ? Auch Lila ist somit legales geistiges Eigentum geworden. Und Lila war nur die allererste, zarteste Versuchung.

Inzwischen tobt der Kampf vagabundierenden Kapitals um die übrigen Farben, Zahlen, Buchstaben, Töne und Heiligkeitsstufen. Wo diese Reise hingeht, verdeutlicht der Artikel zur Zukunft der Musikindustrie auf www.psverlag.de/artikel sehr humorvoll. Vielleicht schauen Sie doch einmal nach, was die Bürgerbewegten bei www.abmahnwelle.de und www.retter-das-internet.de an krassen Fällen zusammengetragen? Doch ob Sie das vor Konflikten mit der Justiz retten kann? Früher oder später sind alle Lebensgrundlagen privatisiert und solange jemand noch einen Cent besitzt, wird das Weiterleben mindestens diesen Cent kosten. Es sei denn, wir würden vorher schon Alternativen

Naturerlebniscamp 2007

Vom 22. bis 25. Mai besuchten 20 Schülerinnen und Schüler der Grundschule Schwärzensee das diesjährige Naturerlebniscamp am Werbellinsee. Die Jungen und Mädchen der 5. Klassen konnten unter Leitung des BSIJ e.V., welcher Kooperationspartner der Schule ist, vier interessante und aufregende Tage im Zeltlager verbringen. Die Kinder hatten die Möglichkeit, in der Gemeinschaft zu kochen, Wissen über Natur und Umwelt zu erhalten und zu erweitern, beim »Autobau« Zusammenhalt zu üben und soziale Kompetenzen auszubauen, interessante Exkursionen durchzuführen und vieles mehr. Herzlichen Dank an die »Sozialen Stadt« und den BSIJ e.V.! Ihr seid einfach SPITZE!

MANUELA HENKEL

entwickeln. Uns fehlen doch überall Grenzübergänge, Schulen, Kaufhallen und Fabriken in der Tradition von Linux. Jeder Cent, den wir hier investieren, bringt uns mehr Arbeitsplätze als 10 Prozent Lohnverzicht, 100 Ölkriege oder 1000 verhaftete Raubkopierer.

Den Politikern bringen andere Strategien aber offenbar mehr ein. Von wem auch immer. Vielleicht bezahlen wir sie zu schlecht? Oder bezahlen andere sie besser? Jedenfalls fällt selten einmal ein Politiker mit vernünftigen Vorschlägen auf. Da kann man wählen, was man will. Auch das ist Demokratie – in der Endphase. Wie sagte uns Frau Merkel? Keiner hat ewigen Anspruch auf Freiheit und Mitbestimmung. Ein Späßvogel formulierte es noch kürzer: Alles hat ein Ende, nur die Wurst hat zwei. Und um die geht es uns allen vermutlich bald.

PETER SPANGENBERG

Plakat-Aktion contra Sondermüll

Der Kampf der Bürgerinnen und Bürger gegen die geplante Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Theo Steil in Eberswalde geht in die nächste Runde. Diesen Monat startete eine Transparent- und Plakat-Aktion unter dem Motto: »Bürger in Eberswalde und Schorfheide wehren sich«. Hintergrund ist, daß die Entscheidung über die Genehmigung dieser Anlage nun beim Landesumweltamt liegt. Zuerst wurde ein Transparent mit der Aufschrift »Nein zur Sondermüllverbrennungsanlage in Eberswalde« am spätgotischen Westturm der schönen Lichterfelder Dorfkirche angebracht. Mit dem von Unternehmern der Gemeinde Schorfheide gestifteten Transparent bekunden diese deutlich ihre Meinung und ihre Erwartung an die Entscheidung der Genehmigungsbehörde, dem Landesumweltamt Brandenburg (LUA). An die Unternehmer geht unser herzliches Dankeschön für ihre Solidarität und tatkräftige Unterstützung! Weitere Transparente sind hier mit folgenden Botschaften zu finden:

Am Gutshof in Lichterfelde: »Mülltourismus oder Bürgerwillen? Unser Landesumweltamt entscheidet!« sowie »14267 Unterschriften sagen eindeutig aus: KEINE Sondermüllverbrennung in Eberswalde«. In der Eberswalder Straße in Lichterfelde ist zu lesen: »Heute Waldstadt! Morgen Sondermüll-Stadt?«, »Noch 400 m bis zur geplanten 1. Prototyp-Sondermüllverbrennungsanlage?? Im Westen nimmer, im Osten...?« und »Keine Müllverbrennungsanlage in Eberswal-

de. Sonst geht es mit der Region STEIL bergab« In der Lichterfelder Waldstraße heißt es: »Landesumweltamt bedenke: WIR WOLLEN LEBEN! Macht aus dem Finowtal kein JAMMERTAL!«

Letzteres gefällt mir persönlich am besten. Weitere Transparente und Plakate, insbesondere im Gebiet von Eberswalde, werden folgten. Alle Bilder können unter unserer Homepage www.mva-eberswalde.de betrachtet werden.

In der Tat ist es nun höchste Zeit, erneut mit verstärkten Protesten aktiv zu werden, um zu verhindern, daß subventionierter Mülltourismus zur Profitmaximierung der Firma Theo Steil durchgesetzt wird; dies gegen den Willen der Anwohner und zum Schaden der Region!

Bleibt zu hoffen, daß sich das LUA nicht den Interessen eines einzelnen mächtigen Unternehmens beugt, sondern in seiner Entscheidungsfindung das Gemeinwohl höher bewertet.

Dr. ANDREAS STEINER, Bürgerinitiative für eine gesunde Umwelt Schorfheide e.V.



Verbraucherzentrale

Eberswalde (prest-ew). Auf Einladung des Bürgermeisters Friedhelm Boginski fand am 18. Juni eine Beratung mit Vertretern von amtsfreien Gemeinden, Ämtern des Landkreises Barnim und der Verbraucherzentrale statt. In der Öffentlichkeit stand das Thema der Sicherung der weiteren Tätigkeit der Verbraucherzentrale Brandenburg im Landkreis Barnim immer wieder zur Debatte. Etwa 9.000 Beratungen pro Jahr werden in den Beratungsstellen Eberswalde und Bernau durchgeführt. Die Zentrale genießt als unabhängige Institution hohes Ansehen. Bürgermeister Boginski hatte eingeladen, um die Bedeutung zu unterstreichen und eine Verständigung zwischen den Barnimer Städten, Gemeinden und dem Landkreis Barnim herbeizuführen.

Obwohl der Verbraucherschutz keine kommunale Aufgabe ist und bei immer knapper werdenden finanziellen Mitteln kaum zu realisieren ist, wurden Varianten zum Erhalt skizziert, die es zu überprüfen und abzuwägen gilt. Ein Vorschlag wäre eine honorierte beratende Tätigkeit durch die Verbraucherzentrale an Schule oder Jugendeinrichtungen. Die erwirtschafteten Einnahmen könnten dann zur Absicherung der auftretenden Kosten verwendet werden. Entsprechende Vorschläge sind durch die Verbraucherzentrale den Kommunen zu unterbreiten. Über diese gilt es dann zu reden.

BBP im Internet

<http://www.barnimer-buergerpost.de/>
<http://www.bar-blog.de/barnimer-buergerpost/>
<http://www.psverlag.de/bbp/>
<http://bbp.aki-stuttgart.de/>

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
 Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
 Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:
 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Henkel, Markmann (4), Triller (3)

Steiner, R. Roletschek (GNU Free Doc. Lic., auf Seite 1)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluß: 23. Juni 2007

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 21.7.2007, 12 Uhr.